

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 118

MAI/JUNI 1995

50 Pfennig

Viertes Reich greift nach Weltmachtrolle

N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025

Am 8. Mai 1945 zerschlug die Rote Armee das Nazi-Regime und befreite Europa und die Menschheit vom Alptraum von Hitlers völkermörderischem Terror. Auf der ganzen Welt ist dies für die Werktätigen ein Tag zum Feiern. Aber 50 Jahre danach und fünf Jahre nach der kapitalistischen Konterrevolution, die den deformierten Arbeiterstaat DDR zerstört hat, will der wiedervereinigte deutsche Imperialismus den 8. Mai für seine Zwecke benutzen und Deutschlands wiedergeborene „nationale Identität“ feiern. Helmut Kohl diktiert jetzt, wo und auf welche Art die Feiern zum 8. Mai in Europa abgehalten werden. Er setzte

durch, daß sein Besuch bei Boris Jelzin in Moskau keinesfalls die traditionelle Befreiungsparade einschließt, obwohl Jelzins Armee absolut nichts mehr mit der Roten Armee zu tun hat, die Auschwitz befreite. Die Zeit der Kniefälle des deutschen Imperialismus vor den Opfern des Dritten Reichs, wie von Willy Brandt vor über 20 Jahren im Warschauer Ghetto vorexerziert, ist vorbei. Lech Walesa, der Präsident von Polen, wurde von den geplanten Gedenkfeiern in Berlin eingeladen. Mit der atemberaubenden Arroganz von Herrenmenschentum erklärte Kohl, daß sie ja ansonsten *alle* Länder einladen müßten, die von Nazi-deutschland überfallen und verwüstet wurden.

Die Herrscher des imperialistischen Deutschland mit ihrem neuen Großmachtstreben haben nicht vor, die Nie-

Rote Armee zerschlug Nazi-Regime!



derlage des Reichs zu „feiern“. Statt dessen feiern sie die „Wiedererlangung der völligen Souveränität“ und ihre wirtschaftliche Macht. Schon im September letzten Jahres inszenierten Kohl & Co. eine „russenreine“ Feier beim Abschied der amerikanischen, britischen und französischen Truppen (die Russen wurden getrennt abgefertigt): mit Großem Zapfenstreich der Bundeswehr, komplett mit militärischem Fackelzug durch das Brandenburger Tor. Und *Der Spiegel* begann das Jahr 1995 mit der Fotogeschichte „Aufstieg aus Ruinen“: 50 Jahre wachsender Wohlstand im antikommunistischen Bollwerk Westdeutschland.

Nach der kapitalistischen Wiedervereinigung und der anschließenden Zerstörung der Sowjetunion schreiben die deutschen Herrscher die Geschichte neu. Bonn tritt als Sieger auf und feiert die „Befreiung“ ... von 45 Jahren „sowjetischer Zwangsherrschaft“ in Ostdeutschland. Der Aufruf „Gegen das Vergessen“, unterschrieben von dem extremen CDU-Rechtsaußen und Ostfrontkämpfer Alfred Dregger, den zunehmend lauten Ultrarechten um Alexander von Stahl (FDP), Republikaner-Nazis und auch dem DDR-Bürgerrechtler Siegmund Faust, fordert ein „Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation“. Der Aufruf richtet sich gegen die „einseitige“ Charakterisierung des 8. Mai als Tag der „Befreiung“; bedeute dieser doch „zugleich auch

Fortgesetzt auf Seite 7

Seid bereit für sofortige Not-Demonstrationen!

**Weltweite Proteste zur
Rettung von Mumia Abu-Jamal**

... Seite 12

Rassismus und Kapitalismus



TROTZKI

Nachfolgend drucken wir Auszüge aus Abraham Léons Judenfrage und Kapitalismus ab, einer scharfsinnigen materialistischen Analyse der jüdischen Frage und der Rolle des Antisemitismus im Kapitalismus. Léons eigenes Leben spiegelte die Entwicklung einer ganzen Generation von jüdischen Sozialisten wider, die durch die Oktoberrevolution zum Kommunismus gewonnen worden war.

Léon war ein belgischer Jude polnischer Herkunft, der am Anfang des Zweiten Weltkriegs von der linkszionistischen Jugendorganisation Haschomer Hatzair zum Trotzismus gewonnen wurde. Bereits in jungen Jahren wurde er zu einem anerkannten und höchst talentierten Führer der trotzkistischen Bewegung. Er leitete die trotzkistische Untergrundorganisation in Belgien und die Arbeit der belgischen trotzkistischen Zelle in der deutschen Wehrmacht, wo die Trotzisten klandestine revolutionäre Propaganda unter deutschen Soldaten verbreiteten. Abraham Léon wurde im Juni 1944 festgenommen, als er im Gebiet von Charleroi ankam, um die Kontrolle der klandestinen Arbeit unter den Bergarbeitern in die Hand zu nehmen, die etwa 15 Bergwerke erfaßte und die Herausgabe von Le Réveil des Mineurs einschloß. Nachdem er von der Gestapo gefoltert worden war, wurde Léon im Alter von 26 Jahren in den Gaskammern von Auschwitz ermordet.

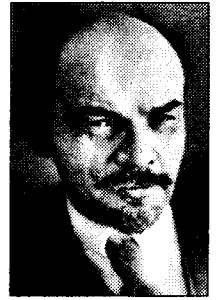
Die ungezügelte Entfaltung der Produktivkräfte, die auf die engen Grenzen der Konsumtionsfähigkeit stößt – das ist die wirkliche Triebkraft des Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus. Statt dessen ist scheinbar jedoch die Rasse seine offensichtlichste Kraft. Der Rassismus ist also in erster Linie die ideologische Verkleidung des modernen Imperialismus. Die „für ihren Lebensraum kämpfende Rasse“ spiegelt nichts anderes wider als den ständigen Expansionszwang, der den Finanz- oder den Monopolkapitalismus charakterisiert.

Wenn der fundamentale kapitalistische Widerspruch zwischen der Produktion und der Konsumtion das Großbürgertum dazu zwingt, für die Eroberung ausländischer Märkte zu kämpfen, so zwingt er das Kleinbürgertum, für die Ausdehnung des Binnenmarktes zu kämpfen. Das Fehlen der Absatzmärkte im Ausland geht Hand in Hand mit deren Fehlen im Inland. Während die Großbourgeoisie verbissen gegen die Konkurrenz im Ausland kämpft, kämpft das Kleinbürgertum nicht weniger verbissen gegen seine Konkurrenten im Inland. Der nach außen gerichtete Rassismus wird von einem internen Rassismus ergänzt. Die kapitalistischen Widersprüche, die sich im 20. Jahrhundert extrem verschärften, führen auch zu einer Verschärfung des externen und des internen Rassismus...

Erst der Kapitalismus hat dadurch, daß er dem nationalen Problem eine wirtschaftliche Basis gegeben hat,

auch die unüberwindbaren nationalen Gegensätze geschaffen. Vor Einbruch des Kapitalismus lebten Slowaken, Tschechen, Deutsche und Franzosen in völliger Eintracht miteinander. Die Kriege hatten keinen nationalen Charakter; sie interessierten nur die besitzenden Klassen. Die Politik erzwungener Assimilierung und nationaler Verfolgungen war bei den Römern unbekannt. Die barbarischen Völker ließen sich auf friedlichem Wege romanisieren oder hellenisieren. Die nationalen kulturellen und linguistischen Antagonismen von heute sind nichts anderes als die Folgen der vom Kapitalismus geschaffenen wirtschaftlichen Widersprüche. Mit dem Verschwinden des Kapitalismus wird das nationale Problem seine Schärfe völlig verlieren. Wenn es auch verfrüht wäre, von einer weltweiten Assimilation der Völker zu sprechen, so ist es doch offensichtlich, daß eine globale Planwirtschaft eine beträchtliche Annäherung aller Völker der Welt zufolge hätte. Es wäre jedoch unangebracht, die Assimilierung künstlich voranzutreiben; nichts könnte ihr mehr schaden. Noch ist nicht vorauszu sehen, welcher Art die „Nachfahren“ des heutigen Judentums sein werden. Aber der Sozialismus wird darüber wachen, daß sich diese „Generation“ unter optimalen Bedingungen entfalten kann.

Abraham Léon
Judenfrage und Kapitalismus, Dezember 1942



LENIN

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens,
Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (040) 33 01 54
Postfach 555, 10127 Berlin, Fax (030) 4 43 94 02
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01, Korrespondenz über
Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der
Auffassung der Redaktion.
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 118

Mai/Juni 1995

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (030) 4 43 94 00

Halle

SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (040) 32 36 44

Wiederbelebung von Stalins Verleumdungen im Dienste der Verelendung der Werktätigen

Protestiert gegen die ungeheuerlichen Verleumdungen gegen Trotzlisten in Moskau!

Am 1. April verbreitete die „Nachrichten“-sendung *Wremja* im russischen Fernsehen völlig aus der Luft gegriffene Behauptungen der ukrainischen Geheimpolizei SBU, eine angebliche Verschwörung zum „Sturz“ der ukrainischen Regierung durch vier Moskauer Unterstützer der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) aufgedeckt zu haben. Dies wurde als Rechtfertigung der SBU dafür ausgegeben, trotzkistische Literatur zu beschlagnahmen und diese Genossen an der weiteren Einreise in die Ukraine zu hindern. Wie wir seitdem erfahren haben, ging der Sendung *Wremja* ein längerer Schmutzartikel in der russischsprachigen ukrainischen Boulevardzeitung *Kiewskie Wedomosti* (30. März) voraus, deren Titelseite reißerisch verkündete: „Sturz der Regierung in der Ukraine beabsichtigte reisende Trotzlisten“.

Der Versuch der kapitalistischen Behörden der Ukraine, marxistische Ideen zu kriminalisieren, ist auf weltweite Proteste gestoßen. Die IKL startete sofort eine Protest- und Entlarvungskampagne gegen die finsternen Verleumdungen. Am 5. April protestierten etwa 50 Menschen in der Nähe der ukrainischen UN-Mission in New York. Am nächsten Tag fanden Kundgebungen vor ukrainischen Botschaften und Konsulaten in Berlin, London, Chicago und Toronto statt. Weitere Proteste wurden am 7. April in Paris und Melbourne durchgeführt.

Bei den Protesten wurden auch die russischen Behörden für ihr vorsätzliches Versagen angeklagt, den Mord an unserer Genossin Martha Phillips im Februar 1992 in Moskau zu untersuchen, wo sie unter finsternen und mysteriösen Umständen getötet wurde. Kundgebungsteilnehmer trugen Plakate, auf denen stand: „Für Wiederaufnahme der Ermittlungen im Mord an Martha Phillips!“ In Berlin hoben Kundgebungsteilnehmer die Verbindung zu der Verfolgung

der ehemaligen Repräsentanten des deformierten Arbeiterstaats DDR durch das rachsüchtige Vierte Reich hervor, auf Plakaten stand: „Gegen die Hexenjagd – Verteidigt Ex-DDR-Bürokraten: Mielke, Wolf, Keßler“ und „Gegen die Hexenjagd – Verteidigt die wirklichen Kommunisten der IKL!“

Nach Pressekonferenzen in Moskau am 3. und 4. April, bei denen verschiedene russische und internationale Pressevertreter anwesend waren, wurde ein IKL-Sprecher im russischsprachigen BBC-Rundfunkprogramm *Argument* interviewt. Am 4. April brachte die russische Nachrichtenagentur Interfax einen Bericht unter der Überschrift: „Einer der Führer der trotzkistischen Internationalen Kommunistischen Liga klagt die ukrainischen Mächte wegen Unterdrückung abweichender Meinungen an.“ Ein Artikel des in Moskau wohnenden linken Journalisten Renfrey Clarke vom 12. April brachte die ukrainische Verleumdungskampagne in Verbindung mit der wachsenden Repression durch das Jelzin-Regime: „Rußland: Verleumdung gegen Trotzlisten eine Gefahr für die gesamte Linke“.

In seinem Artikel stellt Clarke fest, daß in Rußland „die *Wremja*-Verleumdungen zu einem beunruhigenden Muster passen, das sich kürzlich ergeben hat, seit die Regierung neue Einschränkungen der politischen Rechte vorbereitet hat“. Clarke dokumentiert einige dieser Unterdrückungsmaßnahmen in seinem Artikel, wie einen Gesetzesentwurf zum Verbot „extremistischer Organisationen“ und die Stärkung des Sicherheitsdienstes der Föderation (FSB), deren Aktivitäten jetzt praktisch außerhalb irgendeiner juristischen oder parlamentarischen Kontrolle liegen. Eine Auswahl weiterer Protesterklärungen ist auf Seite 11 abgedruckt.

Der Artikel in *Kiewskie Wedomosti* verleumdete zwar un-

Fortgesetzt auf Seite 4



Workers Vanguard

New York, 5. April 1992: Eine von sieben Demonstrationen in aller Welt, gerichtet gegen die Verleumdungen durch ukrainische Behörden



Spartacist

Martha Phillips, ermordet in Moskau am 9. Februar 1992

Moskau...

Fortsetzung von Seite 3

sere Genossen als „Verschwörer“, enthüllte aber in Wirklichkeit eine weitreichende *Verschwörung der Kiewer Geheimdienste* gegen unsere Unterstützer und diejenigen, die sich für unsere trotzkistischen Ansichten interessieren. Deren Überwachung und Belästigung wurden eindeutig auf höchster Ebene des staatlichen Sicherheitsapparats angeordnet. *Wedomosti* zitiert ausgiebig den Leiter der Kiewer SBU, Generalleutnant Wladimir Lichousow, und den Ersten Stellvertretenden Staatsanwalt Sergej Winokurow. Lichousow stimmte den Sermon an: „Im Fall der Trotzkisten sprechen wir nicht davon, abweichende Meinungen aus politischen Gründen zu verfolgen – die SBU befaßt sich damit nicht.“ Im Gegensatz zu diesen albernen Zusicherungen von Lichousow berichtet *Wedomosti* selbst über die Verfolgung von ukrainischen Linken durch die SBU, die „sich von den Ideen des Trotzkismus genährt hatten“, und bemerkte, sie seien durch „Agenten der Gegenspionage“ inquisitorischen „vorbeugenden Diskussionen“ unterzogen worden.

Als Reaktion auf diese antitrotzkistische Hetze gab die IKL am 3. April eine internationale Protesterklärung heraus, die wir nachstehend abdrucken.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) in Moskau protestiert energisch gegen die ungeheuerlichen Verleumdungen gegen unsere trotzkistische Organisation. Samstag abend, am 1. April, wurde im Nachrichtenprogramm *Wremja* eine Sendung mit der reißerischen Einleitung ausgestrahlt: „Der Sturz der Regierung der Ukraine wurde von vier ideologischen Trotzkisten geplant, die die Internationale Kommunistische Liga vertreten“. In der Sendung wurde behauptet, daß Anhängern der IKL der Besuch der Ukraine verboten worden sei. Es wurde ein zwei Jahre altes Foto von einigen unserer Unterstützer gesendet, das bei einer Geburtstagsfeier in Moskau aufgenommen worden war. Dieses Foto ist von den Behörden auf heimliche und ungesetzliche Weise irgendwie beschafft worden. Außerdem wurde eine Auswahl unserer Literatur gezeigt, die inzwischen seit mehreren Jahren offen herausgebracht und an Werktätige in der ganzen ehemaligen Sowjetunion verkauft wird. Dies soll nun der Beweis für eine geheimnisvolle Verschwörung zum Sturz der ukrainischen Regierung sein – durch *vier Leute*, immerhin, von denen niemand überhaupt in der Ukraine wohnt!

Wir sind nicht überrascht, daß zu solch widerlichen Mitteln Zuflucht genommen wird. Um eine Vorstellung von diesen rohen Methoden zu kriegen, empfehlen wir denen, die noch zweifeln, das Buch von Victor Serge von 1925

(Wiktor Lwowitsch Kibaltschitsch): *What Every Revolutionist Should Know About State Repression* (Was jeder Revolutionär über staatliche Repression wissen sollte). Marxisten, die auf die offene und bewußte Mobilisierung der Arbeiter und Unterdrückten vertrauen, werden wieder einmal des „konspirativen Terrorismus“ und der „Gewalt“ beschuldigt, und dies gerade durch die Regime, die im Dienste der Banden der neuen Ausbeuter wirkliche Konspiration, Terror

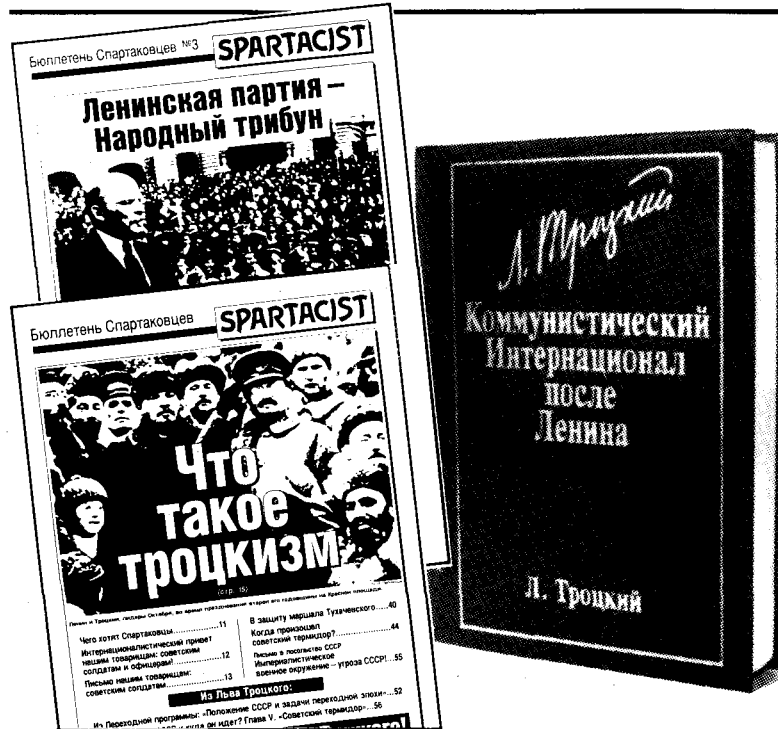
ismus und Gewalt ausüben. Unter dem Deckmantel eines ausgewogenen Kampfes gegen jeglichen „Extremismus“ bereiten sich die jetzigen Machthaber tatsächlich darauf vor, jede Militanz der Arbeiterklasse und jede linke Kritik zu zerschlagen. Dies ist die Bedeutung der jetzigen Schmutzkampagne gegen die Internationale Kommunistische Liga.

Wir sind schon seit einiger Zeit eindeutig der aufdringlichsten Überwachung und Polizeibewachung ausgesetzt. Die russischen und ukrainischen Jugendlichen, die ein Interesse an unserer Literatur und unseren politischen Ansichten ausgedrückt haben, sind Einschüchterungen, Verhören und Drohungen ausgesetzt gewesen. Vor drei Jahren, am 9. Februar 1992, wurde unsere geliebte Genossin Martha

Phillips in der Blüte ihres Lebens unter finsternen und mysteriösen Umständen ermordet. Trotz wiederholter und eindringlicher Appelle und Forderungen von uns und anderen bei verschiedenen Polizeibehörden in Moskau, die Ermittlungen über dieses scheußliche Verbrechen voranzutreiben, antworteten die Behörden mit gleichgültiger Trägheit und grober Arroganz. Wir verlangen die Wiederaufnahme der Ermittlungen im Mord an Martha Phillips *mit besonderem Gewicht auf die Rolle der Sicherheitsdienste*. In diesem Zusammenhang erinnern wir an den kürzlichen Mord an einem Journalisten, der Korruptionsvorwürfen innerhalb des russischen Militärs auf der Spur war.

Was steckt hinter der *Wremja*-Sendung? Und was steckt hinter der verwickelten, zeitraubenden und ungesetzlichen Aufmerksamkeit, die die Sicherheitsdienste von Rußland und der Ukraine, offensichtlich in Zusammenarbeit, einer Handvoll internationalistischer Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse angedeihen lassen? Was steckt hinter solch einer falschen und völlig aus der Luft gegriffenen Verleumdung, gerade während Tausende unschuldige Menschen in einem ungewollten und verbrecherischen Krieg in Tschechien in den Tod geschickt werden? Und während im ganzen Land Krankheit, Hunger und Elend das Leben von ungezählten Kindern und Rentnern fordern? Anscheinend fühlen sich die kapitalistischen Machthaber vom Gespenst unseres trotzkistischen Programms verfolgt, das den wirklichen Interessen der überwältigenden Mehrheit der enteigneten und verarmten Werktätigen entspricht. Unser Ziel ist

Fortgesetzt auf Seite 10



Als Marxisten erklären wir offen unsere revolutionären Ansichten. Links die russischsprachigen Spartacist-Bulletins „Leninistische Partei – Volkstribun“ und „Was ist Trotzkismus?“ Im letzten Jahr veröffentlichten wir erstmals in Russisch das Buch Trotzki *Die Kommunistische Internationale nach Lenin*

4
**Spartakist-
 Jugend**

Das Banner
 der Spartakisten
 „Die Rote Armee
 zerschlug das
 Nazi-Regime!“
 wurde zum popu-
 lären Kernpunkt
 der Proteste



Spartakist

Sachsenhausen: Rote Armee geehrt, Kinkels Lüge niedergebuhrt

SACHSENHAUSEN, 23. April – Heute vor 50 Jahren hat die Rote Armee die KZ-Überlebenden aus der von der SS errichteten Massenmord-Hölle bei Berlin befreit: Juden, Sowjetbürger und Soldaten, Homosexuelle, Roma und Sinti, Kommunisten und Antifaschisten. 100 000 Menschen wurden hier von den Nazis vergast oder durch grauenhafte „medizinische“ Experimente und am Schluß noch auf dem Todesmarsch ermordet. 18 000 Rotarmisten wurden durch eine Genickschußanlage getötet. Doch der Außenminister und Ex-BND-Chef Klaus Kinkel (FDP) sagte bei der Gedenkfeier zu den 1300 Überlebenden des KZ: „Aber dieses Lager wurde damals nicht geschlossen; es kamen wieder Gefangene hierher. Neues Leid geschah. Auch das dürfen wir nicht vergessen.“ Damit wollte er die Nazi-Täter, die dort inhaftiert wurden, als Opfer hinstellen.

Selbst an diesem Ort des faschistischen Grauens setzte Kinkel die große Rachelüge der Bourgeoisie von Auschwitz fort, die Stalinisten hätten den Massenmord mit dem „Speziallager Nr. 7“ weiterbetrieben. Doch für die internationale Arbeiterklasse steht fest: Viel zu viele SS-Schlächter, Nazi-„Ärzte“, Blutrichter und „hohe Tiere“ des Dritten Reichs konnten nach Westen fliehen, wo sie die BRD aufbauten.

Kinkels Rede löste riesige Empörung aus. „Hau ab!“ und „Heuchler!“ riefen Hunderte Teilnehmer, darunter geladene KZ-Überlebende. Das Spartakist-Banner „Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!“ war im Mittelpunkt der Proteste. Im Fernsehen konnte man sehen, wie Antifaschisten den Bannerträgern auf die Schulter klopfen. Sogar der ORB-Kommentator kritisierte Kinkel, er habe die ausdrücklichen Wünsche der Veranstalter verletzt.

Die brandenburgische SPD-Landesregierung riegelte die Gedenkstätte Sachsenhausen durch ein massives Bullenaufgebot weiträumig gegen Linke und Antifaschisten ab, um den Auftritt von Kinkel und der Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und Oberhexenjägerin Jutta Limbach (SPD)

„von Störungen freizuhalten“. Hans Coppi vom Bund der Antifaschisten (BdA) hörte, wie der Polizeieinsatzleiter „Selektionen“ gegen Linke befahl. Banner und Flugblätter wurden beschlagnahmt, ein Bus festgehalten, mindestens 100 Antifaschisten wurden ihres Aussehens wegen zurückgewiesen und fast 50 festgenommen. Darunter war auch der jugendpolitische Sprecher des BdA, weil er ein Che-Guevara-T-Shirt trug! Wir fordern, daß sofort alle Anklagen gegen Antifaschisten fallengelassen werden!

Die Versuche der Bundesregierung, die Gedenkfeier umzugestalten, sind nicht gelungen. In Zusammenarbeit mit den türkischen Linken von DIDE, die ihr Banner „Kein Vergeben, Kein Vergessen“ aufrollten und während Kinkels Rede „Abschiebung ist Folter, Abschiebung ist Mord!“ riefen, konnten die Trotzlisten der SpAD und der Spartakist-Jugend sich behaupten und die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt vertreten. Jeder Redner, der nach Kinkel sprach – Vertreter der Roma und Sinti, der russischen, niederländischen, homosexuellen und jüdischen Opfer von Sachsenhausen – bekräftigte die einfache Wahrheit auf unserem Banner: Die Armee der Sowjetunion befreite uns alle von der Nazi-Barbarei.■

Treffpunkt der Spartakist-Jugend

Jeden Donnerstag, 16.00 Uhr
 Humboldt-Uni Hauptgebäude
 Raum 3120a/b, Café Hubart

Weitere Informationen über (030) 4 43 94 00

Italien: Militanter Protest erkämpft Freilassung von eingewanderten Arbeitern

Nachstehend drucken wir Auszüge aus einem Flugblatt der Lega Trotskista d'Italia (LTd'I) über eine Mobilisierung, die sie initiierte und wo es gelang, eingewanderte Demonstrationsteilnehmer aus den Fängen der Polizei zu befreien.

Wir gratulieren den 250 entschlossenen Immigranten, Gewerkschaftern und jungen antirassistischen Demonstranten, die in der Nacht vom 24. zum 25. Februar militant und herausfordernd vor einer Polizeistation in Mailand protestierten. Sie erzwangen damit die Freilassung von drei eingewanderten Genossen, die von der Polizei in provokativer Weise aufgehalten und eingesperrt worden waren.

Gegen Mitternacht standen fünf von der Camera del Lavoro (örtliches Gewerkschaftskomitee) organisierte Busse mit Demonstranten zur Abfahrt nach Rom, zur landesweiten antirassistischen Demonstration am folgenden Tag, bereit, als die Polizei auf dem Bahnhof Garibaldi aus den Demonstranten drei eingewanderte Genossen unter dem üblichen Vorwand festnahm, sie hätten „keine gültigen Papiere“. Sobald Mitglieder der LTd'I hörten, daß die Polizei diese Genossen eingesperrt hatte, gingen wir zu den Organisatoren der Busse von der Camera del Lavoro und bestanden darauf, daß wir einen Protest organisieren müssen und daß die Busse absolut nicht losfahren dürfen, bevor diese Genossen von der Polizei freigelassen werden. Wir stießen auf Gleichgültigkeit und Sabotage von einigen der Organisatoren, die behaupteten, daß sie „zu sehr damit beschäftigt sind, die Abfahrt nach Rom vorzubereiten“, oder daß dies „eine Angelegenheit der Polizei“ wäre.

Nur die Intervention unserer Genossen, die durch alle fünf Busse gingen, um für eine Aktion zu argumentieren, verhinderte diese Sabotage. Innerhalb von zehn Minuten versammelten sich alle 250 Leute vor der Polizeistation des Bahnhofs Garibaldi und verlangten die Freilassung der drei Genossen. Unsere Rufe „Laßt sie frei!“, „Laßt sie laufen!“ und „Raus!“ wurden sofort von der Menge aufgegriffen.

Zu dem Zeitpunkt – unter dem fühlbaren Druck von 250 wütenden, integrierten Demonstranten – ging Franco Grisolia, Führer der Internationalen Trotskistischen Opposition (ITO) und ein Führer von Rifondazione Comunista (RC), der keine Initiative gezeigt hatte, den Protest zu organisieren oder dafür zu kämpfen, in die Polizeistation, um zusammen mit anderen Gewerkschaftsbürokraten mit der Polizei zu verhandeln.

Einer der Organisatoren kam aus der Polizeistation heraus und kündigte an, daß die drei in zehn Minuten freigelassen werden würden, daher sollten „alle aufhören, so einen Krach zu machen, und zu den Bussen zurückgehen“. Es brach erneut ein politischer Kampf zwischen einigen der Organisatoren und uns aus, wo wir gemeinsam mit einigen anderen hartnäckig darauf bestanden, daß wir bleiben müssen. Freundlich gesinnte Eisenbahner kamen herüber, um herauszufinden, was passiert war, und sie brachten ihre Mißbilligung der Festnahmen zum Ausdruck.

Nach einer Stunde militanten Protests ließ die Polizei endlich die drei Genossen frei. Sie wurden von der Menge umarmt und mit allgemeinem Applaus für diesen antirassistischen Sieg begrüßt. Die Menge marschierte dann geschlossen zu den Bussen, antirassistische Losungen rufend, und fuhr gemeinsam nach Rom.

Die Bourgeoisie inszeniert eine rassistische Kampagne, um Immigranten als Sündenbock für die steigende Arbeits-

losigkeit und den offensichtlichen Niedergang des Kapitalismus verantwortlich zu machen. Diese Kampagne ist ein Teil der Gesamtoffensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Der Kampf gegen rassistische Unterdrückung ist eine Klassenfrage und ein untrennbarer Teil des Klassenkampfes gegen den Kapitalismus. Karl Marx bemerkte: „Die Arbeit in weißer Haut kann sich nicht dort emanzipieren, wo sie in schwarzer Haut gebrandmarkt wird.“

Breit angelegter Klassenkampf, um die *Unorganisierten zu organisieren* – einschließlich derer, die dazu gezwungen sind, ohne Verträge und „illegal“ zu arbeiten –, muß Teil des Kampfes gegen rassistische Unterdrückung sein. Das heißt auch, den Kampf zu führen für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und ihre Familien, für Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, um den rassistischen Terror zu zerschlagen, und für Arbeiteraktionen gegen Abschiebungen*. Die Gewerkschaftsbonzen und die Bürokraten von RC haben keinerlei Absicht, irgend etwas in dieser Richtung zu tun, weil sie statt dessen versuchen, sich mit bürgerlichen Parteien, der Polizei, den Magistraten usw. zu verbünden. Tatsächlich hat RC trotz inhaltsleerer Solidaritätsbeschwörungen den antirassistischen Protestzug von weit über 50 000 Demonstranten in Rom praktisch boykottiert. Über die Hälfte der Demonstranten waren Immigranten, aber es gab nur einen RC-Block von etwa 150 Leuten.

Die Tatsache, daß die Organisatoren der nationalen antirassistischen Demonstration und die RC offen die Anwesenheit der rassistischen Polizei, „gewerkschaft“ SIULP begrüßt haben, zeigt dramatisch, welche Sackgasse ihre Politik darstellt. Es erklärt auch, warum sie gewillt waren, eingewanderte Genossen im Polizeiarrest sitzen zu lassen. *Polizei raus aus den Gewerkschaften!* Die gekauften rassistischen, terroristischen Bullen-Schläger sind kein Teil der Arbeiterbewegung, sie sind Klassenfeinde.

Rassistische Unterdrückung ist ein integraler und untrennbarer Teil der kapitalistischen Gesellschaft, die darauf basiert, daß wenige Privilegierte die Mehrheit ausbeuten und unterdrücken, wobei sich die Immigranten ganz unten wiederfinden. Nur erfolgreicher Klassenkampf für die proletarische Revolution kann die brutale rassistische kapitalistische Gesellschaft ein für alle Mal beseitigen. Wir von der LTd'I und der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen dafür, eine bolschewistische Partei zu schmieden, die diesen Kampf führen kann. Schließt euch uns an! ■

Diskussionsveranstaltung der Spartakist-Jugend

Abraham Léon: Jüdische Frage und Kapitalismus

Donnerstag, 1. Juni, 18.00 Uhr
Humboldt-Uni Hauptgebäude
Raum 3120a/b, Café Hubart

Hexenjagd-Urteil gegen Günter Weinreich

Günter war im November 1993 fristlos gekündigt worden, nachdem sein Name, zusammen mit 4500 anderen „IMs“, vom Neuen Forum mit Hilfe der Bild-Zeitung veröffentlicht wurde. Nachdem in der ersten Instanz Günters Klage insofern entsprochen wurde, als die Kündigung für nicht rechtens erklärt wurde, urteilte die 2. Instanz des Arbeitsgerichts Halle ganz offen, daß solche „Formalien“ (die Personalratsvorsitzende sagte aus, daß es zur Kündigung weder eine ordentliche Sitzung noch ein Protokoll noch eine Unterrichtung über die persönlichen Daten gab) keine Rolle spielen, wenn es darum geht, die antikommunistische Inquisition durchzusetzen.

Zur Berufungsverhandlung waren Freunde und Unterstützer erschienen, darunter Mitglieder des Komitees für Gerechtigkeit, die einen Protestbrief verlasen, der Initiative gegen Berufsverbote, Unterstützer der PDS und der Kommunistischen Plattform sowie ehemalige Kollegen von Günter.



Lutz Sebastian

Günter dankt allen Freunden und Genossen für die Unterstützung und die Protestbriefe. In seiner Rede am 14. März sagte Günter: „Sie verstehen, daß ich nicht nur für meinen Arbeitsplatz kämpfe, sondern für Alle, die von der antikommunistischen Hexenjagd bedroht sind.“

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 1

den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes“. So sieht die häßliche Ausgeburt einer wachsenden deutschnationalen Strömung aus, wo sich gestandene Konservative mit Ultrarechten verbinden, um die Befreiung zu „relativieren“: Neuen und alten Nazis werden im Dienste eines neuen nationalen Erwachens Tür und Tor geöffnet.

Liberaler und Sozialdemokraten regen sich über diese Erklärung auf; SPD-Verteidigungsminister a. D. Hans Apel zog unter dem Druck seiner Partei die Unterschrift zurück. Aber diese „Gegner“ des Aufrufs teilen dessen zentrale Grundlage. Die Bonner Pressesprecher der Grünen, SPD und PDS stöhnen nur über die „endlosen Peinlichkeiten“ zum 8. Mai, weil sie über das „Ansehen“ von (dem exportabhängigen) Deutschland im Ausland besorgt sind.

So titelte Marion Gräfin Dönhoff, die Herausgeberin der sozialdemokratisch orientierten liberalen *Zeit* am 21. April: „Der Streit um den 8. Mai: Befreiung – ja und nein“. Der nordrhein-westfälische SPD-Ministerpräsident Johannes Rau sekundiert mit einem Konsensvorschlag, „daß Vertreibung, Kriegsgefangenschaft und die kommunistische Diktatur im Osten Deutschlands eine Vorgeschichte hätten, die mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 und der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 beginne“ (*taz*, 19. April).

Dregger & Co. sprechen lediglich aus, was Kohl selbst schon vor zehn Jahren im Bundestag sagte. Damals bekräftigten Kohl und US-Präsident Reagan in Bitburg ihren antisowjetischen Feldzug und salutierten vor den Gräbern der SS und des Bataillons „Das Reich“, das für das blutige Massaker von Oradour-sur-Glane verantwortlich war. Die Sozialdemokraten beklagten auch 1985 dieses obszöne Spektakel. Aber ihr eigener Nationalismus spiegelte die Entwicklung der SPD wider von einer amerikanisch orientierten (und sogar von der CIA finanzierten) bürgerlichen

Arbeiterpartei, die die Dominanz des US-Imperialismus nach dem Kriegsende ausdrückte, zur sozialdemokratischen Partei der zunehmend selbstbewußten *deutschen* Bourgeoisie. Bitburg gab den Faschisten grünes Licht, und mit der Welle des deutschen Nationalismus, der die Konterrevolution in der DDR begleitet hat, stieg der rassistische Terror gegen Immigranten scharf an. Die SPD schloß sich der CDU an und übernahm die Forderung der Faschisten nach der Zerstörung des Asylrechts.

Heute wird die deutschnationale Revision der Geschichte in zahlreichen historischen Ausstellungen zur Schau gestellt. In der Hauptstadt Berlin gibt es jetzt gegenüber der Gedächtniskirche die offizielle Ausstellung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes. Unter dem Schlagwort „Differenzierung“ wird zwar eingestanden, daß „objektiv ... das Kriegsende natürlich eine Befreiung gewesen“ sei. „Dennoch dürfe man Menschen, ‚die sich damals nicht befreit fühlten‘ oder die ‚Ausschreitungen der Besatzungsarmee erlebten‘, nicht zwingen zu erklären, sie seien damals glücklich gewesen“, erklärte der Historiker Rürup, der die Ausstellung leitet (*taz*, 11. April). Anlässlich des Jahrestages der Befreiung der Konzentrationslager fanden in KZ-Gedenkstätten Veranstaltungen statt, darunter auch in Auschwitz, Buchenwald und Sachsenhausen. Aber die deutschen KZ-Gedenkstätten sind seit dem Anschluß der DDR umfunktioniert worden, angeblich um „allen Opfergruppen“ zu gedenken. In Sachsenhausen wie in Buchenwald werden neben den Hunderttausenden Opfern der Nazi-Vernichtung auch die Nazis als „Opfer“ dargestellt, die nach dem Ende des Krieges in sowjetischen Lagern gefangengehalten wurden.

Auch die PDS-Spitzen beteiligen sich an der Suche nach der angeblich neuen „nationalen Identität“ und beschwören die „gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands“. 1990 verschenkte die SED-PDS die DDR mit Modrows Parole „Deutschland, einig Vaterland“. Um den Ausverkauf zu besiegeln, übernahm Modrow im Februar 1990 die „Kollektivschuld“-These der Imperialisten und

Fortgesetzt auf Seite 8

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 7

erklärte den Arbeiterstaat DDR zum Mitverantwortlichen für die „schlimmsten Verbrechen am jüdischen Volk“ durch den Hitler-Faschismus. Mit diesem Federstrich wollten die neugeborenen Sozialdemokraten der SED-PDS die antifaschistische Grundlage der DDR auslöschen, und sie schlossen sich damit einer der Kernthesen der antikommunistischen Hexenjagd an.

In seiner Rede zum 8. Mai auf dem PDS-Parteitag (*disput* Nr. 3/4, Februar 1995) pries Modrow die „Leistung der DDR, freundschaftliche Bande zu Tschechen, Slowaken, Polen und nicht zuletzt zu den Völkern der UdSSR zu knüpfen... Wenn das Wort Willy Brandts, daß zusammenwachsen möge, was zusammengehört, einen tieferen Sinn hat, dann sollte er sich vor allem darauf beziehen, diese früher einseitig in eine Himmelsrichtung weisenden freundschaftlichen Verbindungen jedes der beiden deutschen Staaten zusammenzuführen, auf das vereinigte Deutschland zu übertragen.“ Mit den „freundschaftlichen Verbindungen“ der DDR bezieht sich Modrow auf den Warschauer Pakt, der unter dem sowjetischen Nuklearschirm zur Verteidigung Osteuropas gegen die NATO-Imperialisten geschaffen wurde. Heute, nach der von ihm geförderten Konterrevolution im Osten, bietet Modrow diese „Verbindungen“ dem wiedervereinigten Reich an, für den Drang nach Osten.

Die PDS profiliert sich als Vorreiter für eine stärkere Intervention der deutschen Regierung in Rußland; so forderte der PDS-Parteitag Kohl/Kinkel auf, „für die Beendigung des Krieges“ in Tschetschenien zu sorgen. Im Bundestag stimmten die PDS-Abgeordneten für eine Allparteienresolution zu Tschetschenien, übernehmen also die Verantwortung für den deutschen Imperialismus und sehen dies als Mittel, ihre eigenen Ziele zu erreichen. Damit dienen sie aber Bonns finsterem imperialistischen Vorstoß in Osteuropa. Bereits 1991 haben Kohl/Genscher die einseitige Anerkennung von Slowenien und Kroatien durchgesetzt und damit die Zerstückelung von Jugoslawien und das blutige nationalistische Gemetzel auf dem Balkan in Gang gesetzt.

Gleichzeitig ist es überhaupt nicht entschieden, wie weit Bonn gehen kann. Die Arbeiterklasse hierzulande mit ihrem strategisch wichtigen Bestandteil von Immigranten ist



Bundeswehr-Generalinspekteur Klaus Naumann läßt NATO-Generalstabschefs durchs Brandenburger Tor marschieren

eine mächtige Kraft, die den Zielen der Bourgeoisie im Wege steht. Und wie der Historiker Gordon Craig neulich feststellte: „Es wurde oft bemerkt, daß der Erste Weltkrieg aus dem Umstand erwuchs, daß das 1871 frisch vereinigte Deutschland sowohl zu groß für Europa war als auch nicht groß genug, um eine Weltmacht zu sein“ (*New York Review of Books*, 20. April). Als „Kanzler der Einheit“ des 20. Jahrhunderts läßt sich Helmut Kohl gern mit Bismarck vergleichen; nicht zuletzt, weil das wiedervereinigte Deutschland immer noch dasselbe Problem hat.

Bonns Vorwärtsdrang an allen Fronten – um das auseinanderstrebende Westeuropa unter dem Diktat der D-Mark zu beherrschen, ganz Osteuropa mitsamt den Ländern der ehemaligen Sowjetunion auszubeuten, wieder Herr des Hexenkessels auf dem Balkan zu sein und sich einen dicken Anteil der Märkte in Asien abzuschneiden – steht vor gewaltigen Problemen. Das Europäische Währungssystem mit der als Ecu eingekleideten D-Mark ist im ersten Anlauf zusammengebrochen, während die internationale kapitalistische Finanzwelt in Richtung einer Katastrophe stürzt. Mit verfassungsmäßig sanktionierten „Out-of-area“-Einsätzen der Bundeswehr will man jetzt auch außerhalb von Europa mit den USA um die Rolle des Weltpolizisten konkurrieren, unter dem Motto „Frieden schaffen mit deutschen Waffen“. Diesmal wollen die deutschen Imperialisten den Fehler von zwei verlorengegangenen Weltkriegen zwar vermeiden: Sie wollen ihren neuen Drang nach Osten mit der D-Mark durchsetzen. Doch hinter der Deutschen Bank stehen immer noch die Panzer und die Luftwaffe, nur daß heute ein neuer Weltkrieg die Gefahr eines atomaren Holocaust mit sich bringt.

Die Klassenlinie teilte Deutschland

Mit der Befreiung durch die Rote Armee wurde in Osteuropa die Basis dafür geschaffen, das kapitalistische System zu beseitigen und Arbeiterstaaten zu errichten, die allerdings bürokratisch deformiert waren. Die soziale Umwälzung ging in Ostdeutschland tiefer als in den meisten anderen osteuropäischen Ländern. Von Anfang an ergriffen die Nazi-Größen und die kleinen Fische jede sich bietende Möglichkeit, nach Westen in die Arme der Amerikaner und Briten zu flüchten, um ja nicht in die Hände der Roten Armee zu geraten. In den Prozessen nach der Gründung der DDR 1949 wurden 12 881 Nazis verurteilt; im Westen, wo die Bevölkerung viermal so groß ist, waren es gerade halb so viele (*Spiegel*, 9. Mai 1994). Während der westdeutsche Staat mit dem Ausbruch des Kalten Krieges ganz schnell auf die Verfolgung von Kommunisten und Menschen, die mit ihnen zu tun hatten, umschwenkte und in den Jahren 1951 bis 1968 gegen 150 000 bis 200 000 angebliche Kommunisten Verfahren eröffnete (7000 bis 10 000 von ihnen wurden verurteilt), hat die DDR mehr als 350 Nazi-Massenmörder zum Tode oder zu lebenslanger Haft verurteilt. Während der Staatsapparat der BRD mit lauter kleinen und großen Nazis durchsetzt war, bestand der Staatsapparat der DDR aus vielen ehemaligen Häftlingen der Nazi-Konzentrationslager, und viele ihrer prominentesten Bürger stammten aus jüdischen Familien, wenn auch Ulbrichts Gruppe aus dem Hotel Lux in Moskau die Oberregie hatte.

Wir Trotzisten haben immer betont, daß die sozialen Errungenschaften der deformierten Arbeiterstaaten der internationalen Arbeiterklasse gehören, nicht der stalinistischen Bürokratie, die sie unterminierte und letzten Endes preisgegeben hat. Deshalb haben wir die Arbeiterstaaten

AP

bedingungslos gegen den Imperialismus und innere Konterrevolution verteidigt. Als 1989/90 die stalinistische Herrschaft in der DDR zusammenbrach, mobilisierte die Internationale Kommunistische Liga weltweit ihre Kader, um für die proletarische politische Revolution und gegen den Anschluß der DDR an das Vierte Reich des deutschen Imperialismus zu kämpfen. Im Januar 1990 protestierten in Treptow, nach unserer Initiative, die dann von der SED-PDS aufgegriffen wurde, über 250 000 Menschen gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals und zur Verteidigung von Sowjetunion und DDR. Bei dieser wahrscheinlich größten antifaschistischen Demonstration der deutschen Nachkriegsgeschichte war die enorme Macht der arbeitenden Massen der DDR für alle klar zu sehen, und das hat die Bourgeoisie wie auch die SPD und die SED-PDS zutiefst erschreckt. Gefehlt hat eine starke revolutionäre Arbeiterpartei, die die Arbeiter hätte organisieren und zum Sieg führen können. Die Errungenschaften der Oktoberrevolution konnten nur durch ihre Ausweitung verteidigt werden, durch die proletarische politische Revolution im Osten und ihre Ausweitung auf den Westen durch soziale Revolution. Dies besagte unsere Losung für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa.

Der deutsche Imperialismus hatte sich nie mit der Entstehung der DDR abgefunden, die ihm den Zugriff auf ein Drittel des Landes entzog. Mit dem Anschluß hat er eine wütende und rachsüchtige Hexenjagd gegen alles entfacht, was an die DDR und den Sieg der Roten Armee erinnert. Über 250 000 Prozesse und Verwaltungsverfahren sind gegen Bürger der ehemaligen DDR wegen des „Verbrechens“ der „Systemnähe“ angelaufen, und aus dem gleichen Grund wurden die Renten von noch mehr Menschen beschnitten. Wenige Tage nach der Wiedervereinigung wurden die Antifaschisten Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn verhaftet, die bis dahin in der DDR gelebt hatten. Sie wurden in der SPD-Stadt Hamburg vor Gericht gestellt und angeklagt, 1947 in dem sowjetischen Kriegsgefangenenlager Klaipeda einen Nazi-Kriegsrichter getötet zu haben, der über 100 sowjetische Partisanen, Zivilisten und Wehrmachtssoldaten hingerichtet hatte. Kielhorn wurde freigesprochen; der schwerkranke Bögelein, der von der Wehrmacht desertiert und zur Roten Armee übergelaufen war, starb nach monatelanger Haft. Die Kriminalisierung des Antifaschismus wird weiterhin konsequent betrieben.

Der jetzige Außenminister und damalige Justizminister Klaus Kinkel gab auf dem Deutschen Richtertag 1991 die Linie vor: „Es muß gelingen, das SED-Regime zu delegitimieren, das bis zu seinem bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen so schrecklich war, wie das faschistische Deutschland, das man bekämpfte und – zu Recht – nie wieder entstehen lassen wollte“ (zitiert von Kurt Libera in *Zum deutschen Neuanfang 1945 – 1949*).

Hitlers Schergen, denen durch die Rote Armee und in der DDR endlich Gerechtigkeit widerfahren war, werden als „Opfer des Totalitarismus“ neu geehrt; gleichzeitig wurden die DDR-Spitzen vor Gericht geschleppt, weil sie die DDR-Grenzen verteidigten. Der DDR-Spionagechef Markus Wolf, ein Kommunist jüdischer Abstammung, wurde sogar wegen „Vaterlandsverrats“ angeklagt. Der ehemalige Stasi-Chef Erich Mielke wurde in einem Schauprozess aufgrund von Zeugenaussagen vor Gericht geschleppt, die von *Hitlers*

Gestapo erpreßt worden waren. Er wurde wegen des Todes von zwei Polizisten verurteilt, die von den Nazis als Märtyrer gefeiert werden. Wir Spartakisten verteidigen alle Vertreter des DDR-Regimes gegen die Verfolgung durch das Vierte Reich. Sie sind durch die falsche Klasse für die falschen Verbrechen verurteilt worden. Nicht die Verteidigung der DDR war ein Verbrechen – ihr Ausverkauf war es!

Genauso war es ein Verbrechen, die DDR mit einem schwerfälligen bürokratischen Regime zu leiten, das wie ein Klotz auf der vergesellschafteten Wirtschaft lag – nicht



Sovfoto/Eastfoto

Sowjetischer Arzt behandelt KZ-Überlebende in Auschwitz

zuletzt durch das Gewicht des aufgeblasenen Sicherheitsapparates –, und auf der Lüge basierte, daß man den „Sozialismus“ im Drittel eines Landes aufbauen könnte. Dies war der letztlich entscheidende Widerspruch der defizienten Arbeiterstaaten, und dafür machen wir Trotzkiisten die Stalinisten verantwortlich.

Die Rote Armee zerschlug Hitlers Regime!

Der Zweite Weltkrieg war in bezug auf die beteiligten imperialistischen Länder ausnahmslos *ein Krieg um die Neuverteilung der Welt, in dem die Arbeiterklasse keine Seite hatte*. Die imperialistischen „Alliierten“ versuchten, ihren Krieg gegen die „Achsen“mächte als einen Krieg für Demokratie gegen den Faschismus zu verkaufen. In Wirklichkeit war es ihr Ziel, die Pläne des deutschen Imperialismus zu durchkreuzen, während sie danach strebten, die koloniale Beute neu zu verteilen und die unterdrückten Nationen zu unterjochen, wie die Wiedereroberungsversuche Indochinas durch die West-Imperialisten zeigten. Für das Proletariat der imperialistischen Länder stand, in den Worten von Karl Liebknecht zum Ersten Weltkrieg, „der Hauptfeind im eigenen Land“. Dies traf auf Frankreich, Britannien und die USA nicht weniger zu als auf Deutschland, Italien und Japan. Die Arbeiter aller Länder hatten nur ein Land zu verteidigen: die Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges trug – mit 27 Millionen Toten nach fast vier Jahren des faschistischen Überfalls. Hitlers Politik der „verbrannten Erde“ war der barbarischste Ausdruck des Ziels, das die Kapitalisten seit 1917 verfolgten: die proletarischen Eigentumsformen in der Sowjetunion umzustürzen.

Die Politik der Stalinisten trug zu diesen verheerenden Verlusten bei. Stalin vertraute auf seinen Pakt mit Hitler und lieferte sogar deutsche Kommunisten an die Gestapo

Fortgesetzt auf Seite 16

Moskau...

Fortsetzung von Seite 4

es, die Arbeiterklasse wieder als eine Klasse herzustellen, die fähig ist, in allen früher sowjetischen Gebieten durch Kampf und Organisation die Macht zu übernehmen.

Die schreiende soziale und politische Unzufriedenheit der Völker der früheren Sowjetunion wird fälschlicherweise in eine monumental winzige Verschwörung umgewandelt. Dies riecht nach Sicherheitsorganen, deren Verfall bis zum Zustand des Schwachsinn geht. Erinnern wir uns alle daran, daß die namenlosen und unbekanntenen Personen, die solche Verleumdungen fabrizieren und veröffentlichen, in der Stalinschen Fälscherschule trainiert worden sind. Erinnern wir uns alle daran, daß ein Markenzeichen der berühmten Säuberungs-„Prozesse“ der 30er Jahre – die zum Tod von Millionen führten – aus der Luft gegriffene und völlig unbegründete Anschuldigungen gegen die engsten Kampfgenossen W.I. Lenins waren. Bis zum Tag seines Todes trat L.D. Trotzki für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen alle imperialistischen Mächte ein und gegen alle inneren „Fünften Kolonnen“, die versuchten, die Konterrevolution zu schüren. Trotzdem wurde Trotzki, Gründer der Roten Armee und Mitbegründer des sowjetischen Staates, der sein Leben lang ein international angesehener Revolutionär mit erwiesener Integrität war, in diesen dunklen Jahren übel verleumdet als Agent des japanischen Mikado, der Nazi-Gestapo und des französischen Deuxième Bureau. Erinnern wir uns alle daran, daß die Verleumdungen gegen Trotzki die Vorstufe zu seiner Ermordung durch Stalins Agenten war.

Wie wir erfuhren, verbreiten in ähnlicher Weise die Behörden des kapitalistischen Staates Ukraine Anschuldigungen, Anhänger der IKL wären „CIA-Agenten“. Für diese verlogenen Beschuldigungen haben wir nichts als Verachtung übrig. Wenn die Behörden von Kiew auch nur

Wremja-Nachrichtensendung am 1. April 1995

„... Im Umgang mit der Krim war [die ukrainische Regierung] gleichzeitig dazu gezwungen, ihre eigene Oberherrschaft zu verteidigen.

Der Sturz der Regierung der Ukraine wurde von vier ideologischen Trotzlisten geplant, die die Internationale Kommunistische Liga vertreten.

Sie stellten sich als Studenten dar, die die Archive erforschen wollten. In einer der Wohnungen der Besucher in Kiew beschlagnahmte die Abteilung Kampf gegen Terrorismus des Sicherheitsdienstes der Ukraine annähernd 50 Kilogramm propagandistische Literatur der revolutionären Trotzlisten.

Nach der Information von Agenten versuchten vier ausländische Bürger – zwei aus Deutschland, einer aus Frankreich und einer aus Amerika – in der Ukraine eine Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga zu organisieren, deren Zentrale sich in New York befindet und deren engste Schwesterorganisation in Moskau ist.

Außerdem riefen sie offen zum Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung in der Ukraine und zur Machtergreifung auf, wie unsere eigenen Bürger bestätigt haben, bei denen die Trotzlisten versuchten, sie zu rekrutieren.

Als Ergebnis wird den vier revolutionären Führern aus dem Ausland die Einreise in die Ukraine offiziell verwehrt.“

im geringsten daran glaubten, daß unsere Genossen CIA-Agenten wären, hätten sie uns die Schlüssel für die Stadt Tore ausgehändigt und uns mit allen Annehmlichkeiten überhäuft, die ihnen zu Gebote stehen – in der Hoffnung, als Gegenleistung die Großzügigkeit von denen in Washington und an der Wall Street zu erlangen, zu denen sie aufschauen. Diejenigen, die noch vor kurzem Stalins politische und bürokratische Erben waren, vollstreckten den Zusammenbruch der Sowjetunion, und viele von ihnen hoffen jetzt, habgierige kapitalistische Ausbeuter in der neuen kapitalistischen Ordnung zu sein. Wir Trotzlisten riefen dagegen die Arbeiterklasse offen dazu auf, Widerstand zu leisten gegen Jelzins proimperialistischen Putsch im August 1991, der zur Restauration des Kapitalismus führte.

Wir sind gezwungen, aber auch erpicht darauf, auf die verleumderische und lachhafte Vorstellung zu antworten, daß vier Marxisten den Sturz der Regierung der Ukraine vorbereitet hätten; nur einem Narren oder einem Verrückten könnten solche lächerlichen Phantasien einfallen. Der Realitätssinn, der in diesem Bericht zum Vorschein kommt, steht auf gleicher Stufe wie der von UFO-Beobachtern, die ein Blitzlicht am Himmel sehen und darin eine Invasion vom Mars entdecken, die die Erde zerstören wird. Es ist unsere Auffassung, daß die jetzige ukrainische Regierung und wahrscheinlich mehrere ihrer Nachfolger leider lange verschwunden sein werden, bevor die unterdrückten und erbitterten ukrainischen Massen an die Macht kommen. Die Regierungen werden als Folge ihrer eigenen Schwäche und Unfähigkeit verschwinden und durch die Rückwirkungen ihrer katastrophalen kapitalistischen Politik und ihrer stumpfsinnigen nationalistischen Arroganz in vielen lebenswichtigen Fragen. Tatsächlich ist es historisch wahrscheinlich, daß in einer revolutionären Situation durchaus nicht viel von einer Regierung da sein wird, die man „stürzen“ müßte – wir erinnern daran, wie die Kerenski-Regierung in die Brüche ging. Die Annahme, daß die jetzige Regierung der Ukraine zu diesem zukünftigen Zeitpunkt immer noch existieren wird, erscheint uns als dürftigste Spekulation. Wir sind Marxisten, keine Putschisten; wir vertrauen auf die Kräfte der Arbeiterklasse, und wir werden gegen diese böartigen und provokativen Versuche, unsere Politik zu entstellen und zu diffamieren, kämpfen.

Diese Schikane und Einschüchterung soll dazu dienen, Arbeiter und andere davon abzuhalten, sich unserer gegenwärtig kleinen Zahl von Unterstützern in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion anzuschließen. Aber es ist für die Agenten der ukrainischen und russischen Regierungen nicht nötig, uns oder Leute, die sich für unsere Ideen interessieren, auszususpionieren, um herauszufinden, wofür wir wirklich politisch eintreten. Wir sind genau das, was wir über uns sagen, und all das kann in den veröffentlichten und öffentlich verbreiteten Ausgaben unseres *Bulleten Spartakowzew* nachgelesen werden. Seit Herbst 1990 sind vier Ausgaben des *Bulleten* und elf Extras in der ehemaligen Sowjetunion veröffentlicht und weit verbreitet worden. Im November 1993 brachten wir außerdem zum ersten Mal auf Russisch das Buch *Die Kommunistische Internationale nach Lenin* heraus, Trotzki's Kritik des Programmwerfs zum Sechsten Kongreß 1928, das weitere Informationen über die politischen Auffassungen und Ziele enthält, für die wir offen eintreten.

Die Sendung hat viel Aufhebens gemacht von den „annähernd 50 Kilogramm propagandistischer Literatur“, die angeblich von den Behörden beschlagnahmt wurden. Ein Satz der Gesammelten Werke von Marx und Engels wiegt etwa 47 Kilo, je nach Sprache und Ausgabe. Ein Satz der Gesammelten Werke von W.I. Lenin wiegt 32 Kilo. Normalerweise denkt man nicht in dieser Weise, aber es gibt etwas Einblick in die Denkweise der Sicherheitsorgane.

Internationale Protesterklärungen

Erklärung von Dr. B. Hirson

Brief an die Botschaft der Ukraine von Dr. B. Hirson, Herausgeber von *Searchlight South Africa*, erhalten am 6. April:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind darüber informiert worden, daß eine Verleumdungskampagne gegen Mitglieder der Internationalen Kommunistischen Liga, die ihr Land besucht haben, eröffnet worden ist.

Wir wurden an ähnliche Kampagnen in Südafrika erinnert, unter dem Apartheid-Regime, das mit den gleichen Methoden alle ins Visier nahm, die es wagten, die willkürlichen Methoden der Herrschaft und Kontrolle des Regimes zu kritisieren. Einige von uns wurden Opfer dieser Regierung, und ich verbrachte für meine Aktivitäten gegen diesen Staat neun Jahre im Gefängnis.

Das Apartheid-Regime wurde inzwischen beseitigt, aber für uns wecken alle Nachrichten über ähnliche Kampagnen gegen Kritiker irgendeines Regimes Erinnerungen, was wir in unserem eigenen Land erlebt haben. Darüber hinaus glauben wir, obwohl wir nicht mit der Internationalen Kommunistischen Liga in Verbindung stehen, daß sie das Recht hat, ihre Regierung zu kritisieren und zur Wiederherstellung des Vermächnisses aufzurufen, das Lenin und seine Genossen 1917 begründet haben. Die Hoffnung, die Lenin inspirierte, als seine Partei die Macht übernahm, bedarf dringender Erneuerung, und alle Versuche ihrer Regierung, Personen mit diesen Ansichten zu unterdrücken, stellen nur ein schwaches Licht auf dem Weg dar, den ihre Regierung geht.

Erklärung von Gilles Perrault

Vom Autor des Buches „Auf den Spuren der Roten Kapelle“ erhielten wir am 7. April folgende Erklärung:

Die ukrainische Regierung und die russischen Medien haben in einem nicht herausgeforderten Angriff, dessen Absurdität nur von seiner Widerwärtigkeit übertroffen wird, vier Trotzlisten beschuldigt, „den Sturz der ukrainischen Regierung“ vorbereitet zu haben. Dieses Verhal-

ten ruft zwangsläufig die Gewohnheiten der Stalinisten in Erinnerung, die Mitglieder und Sympathisanten der Trotzlisten so viele Jahre lang unterdrückten. Dies zeugt von der wahren Natur der Macht, die in Moskau und Kiew ausgeübt wird.

Ich unterstütze in vollem Umfang den Protest gegen diese Praktiken. Trotzlisten haben wie jeder andere das Recht, für ihre Vorstellungen einzutreten, in der Ukraine und anderswo.

Erklärung von Israel Shahak

Erhalten am 5. April 1995:

Ich, Israel Shahak, Aktivist für Menschenrechte in Israel, verurteile ohne Vorbehalte die diktatorische Haltung der ukrainischen Regierung, die Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) den Bann erklärt. Ich denke, daß dies die große Gefahr zeigt, daß stalinistische diktatorische Methoden, wie sie in den berüchtigten Schauprozessen der 30er Jahre gezeigt wurden, in der Ukraine wiederaufleben, unter amerikanischer Schirmherrschaft.

Erklärung von Esteban Volkov

Mexico City, 3. April 1995:

Als Nachkomme einer der Familien, die durch stalinistischen Terror am meisten verleumdet wurden und am meisten gelitten haben, und ohne irgend einer politischen Organisation anzugehören, protestiere ich energisch gegen den Wiederaufstieg und den Einsatz der Methoden aus der stalinistischen Fälscherschule zur Unterstützung von Terror eines bonapartistischen oder faschistoiden Typs, die darauf abzielen, jegliche Verteidigung der ausgebeuteten und unterdrückten Klassen zu verhindern. Genauso protestiere ich gegen die Entfaltung einer Hexenjagd und den Versuch, eine inquisitorische Prohibition gegen Schriften und Ideen von Marx, Lenin und Trotzki zu verhängen, die tatsächlich sogar in der Mehrheit der kapitalistischen Länder zugänglich sind.

Weit davon entfernt, unsere Auffassungen zu verstecken, haben wir vielmehr versucht, sie weit zu verbreiten. So im Juli 1992, als unser Genosse Victor Granovsky in der halbstündigen Fernsehsendung *Herr/Genosse* interviewt wurde. Diese Sendung wurde wiederholt an ein Massenpublikum in der ganzen ehemaligen Sowjetunion ausgestrahlt. Unser Genosse erklärte eindeutig, wofür wir stehen: „Wir sind für volle Arbeiterdemokratie, für ein Mehrparteiensystem im Rahmen der Diktatur des Proletariats.“ Das ist in der Tradition von Lenins Bolschewiki, die dafür kämpften, eine harte Avantgardepartei, die auf programmatischer Basis vereint ist, zu schaffen, im Gegensatz zur Konzeption einer „Partei der Gesamtklasse“, wie sie von den Menschewiki vertreten wurde, die schließlich die Konterrevolution unterstützt haben. Unser Genosse erklärte: „Alle wirklichen Kommunisten, das heißt Trotzlisten, haben sich auf der ganzen Welt immer der sowjetischen Arbeiterklasse verpflichtet gefühlt, den Helden der Oktoberrevolution, des Bürgerkriegs und des Krieges gegen den deutschen Faschismus.“

Während unserer propagandistischen Arbeit in der ehemaligen Sowjetunion haben wir offen erklärt, daß es für die

Werkträgigen Rußlands und der benachbarten Gebiete notwendig ist, zum Weg von Lenin und Trotzki zurückzukehren. Wir haben die Notwendigkeit für alle Werkträgigen betont, sich im Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und jeden Ausdruck von Unterdrückung und Tyrannei zusammenzuschließen, gegen nationale Unterjochung und Antisemitismus und gegen die Unterdrückung von Frauen und Homosexuellen. Kurz gesagt, wir haben versucht, in Lenins Worten, als „Volkstribun“ zu handeln. In unserem Streben, die demokratischen Rechte der Werkträgigen und aller Nationalitäten durchzusetzen und zu verteidigen, glauben wir heute, daß eine Volksabstimmung über die nationale Zugehörigkeit auf der Krim und in Tschetschenien angebracht ist.

Wir fordern vollen Zugang zu den Nachrichtensendungen des Fernsehens, um auf diese absurden und finsternen Anschuldigungen, die gegen uns erhoben wurden, antworten zu können.

Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)
Moskau, 3. April 1995

Weltweite Proteste zur Rettung von Mumia Abu-Jamal

Der schwarze Journalist und weltbekannte politische Gefangene Mumia Abu-Jamal, der in Pennsylvania, USA, in der Todeszelle sitzt, ist in höchster Gefahr. Jeden Augenblick kann Pennsylvanias Gouverneur Ridge, ein ausgesprochener Befürworter der Todesstrafe, Mumia Abu-Jamals Hinrichtungsbefehl unterschreiben. Die ersten fünf Exekutionsbefehle hat er bereits unterschrieben, noch im April soll die erste Hinrichtung in Pennsylvania seit 30 Jahren vollstreckt werden.

In den letzten Wochen wurden in Städten der ganzen Welt Protestkundgebungen abgehalten, um die Hinrichtung von Jamal zu verhindern. Demonstrationen und Kundgebungen für Jamal in den Vereinigten Staaten, in Kanada, Mexiko, Japan, Australien, Britannien, Frankreich, Holland und Deutschland haben Gegner der Todesstrafe zusammengebracht: Gewerkschafter, antirassistische Aktivisten, Studenten, Jugendliche. Im Namen des General Executive Council der eine Million Mitglieder starken britischen Transport and General Workers Union hat der Generalsekretär Bill Morris eine Erklärung für Jamal an Ridge geschickt. In Deutschland hat der Fachbereich Journalismus der IG Medien Berlin-Brandenburg Jamal zum Vorstands-Ehrenmitglied ernannt, und die Jugend der IG Medien hat eine Postkartenaktion gestartet, mit der Ridge aufgefordert wird, die Todesstrafe nicht zu vollstrecken. Artikel über Jamal erschienen in Zeitungen der IG Medien und der DGB-Jugend.

• Etwa 175 Menschen beteiligten sich an der Kundgebung vom 25. Februar in Oakland. Solidaritätserklärungen kamen unter anderem von Angela Davis und Geronimo ji Jaga (Pratt), der selbst ein Gefangener des Klassenkrieges ist. Ein bewegender persönlicher Bericht von Jamals Schwe-



Red Riot

Paderborn, 17. März: Die Jugendgruppe Red Riot organisiert Benefizkonzert. 300 Jugendliche kamen für Mumia

ster Lydia Wallace erhielt stürmischen Beifall von den Demonstranten, die über 1700 Dollar für Jamals Verteidigung spendeten.

• In Tokio wurden am 26. Februar mehr als 300 Dollar gesammelt bei einem Forum, an dem Gegner der Todesstrafe in Japan teilnahmen, dem einzigen anderen großen Industrieland, in dem es immer noch die Todesstrafe gibt. Vor kurzem ging eine bewegende Solidaritätserklärung von Ozaki Hotsuki, Präsident von PEN Japan, ein. Sein Bruder Ozaki Hotsumi führte zusammen mit Richard Sorge den heroischen sowjetischen Spionagering und wurde im November 1944 vom japanischen Imperialismus hingerichtet.

• In Toronto begrüßten am 11. März 175 Menschen den früheren politischen Gefangenen und Mittelgewichtsboxer Rubin „Hurricane“ Carter mit stehenden Ovationen. 1964 hatte sich Rubin Carter für das Recht der Schwarzen auf Selbstverteidigung ausgesprochen, nachdem die Polizei in Harlem gewütet hatte. Zwei Jahre später wurden er und John Artis aufgrund erfundener Mordanklagen verurteilt, und erst in den 80er Jahren gewann er schließlich seine Freiheit zurück. Heute ist er geschäftsführender Direktor der Vereinigung zur Verteidigung der zu Unrecht Verurteilten.

• Am gleichen Tag kamen 30 Menschen in Mexico City zu einer Pressekonferenz im Leo-Trotzki-Museum – Institut für das Recht auf Asyl und politische Freiheiten (IDALP). Unter den Teilnehmern waren Trotzki's Enkel Esteban Volkov, der Direktor des IDALP, Max Rojas, Vertreter der Gewerkschaft der Arbeiter bei der Zeitung *La Jornada* und der Homosexuellen Gruppe für Revolutionäre Aktion.

• In Britannien haben jetzt 51 Parlamentsabgeordnete Gouverneur Ridge aufgefordert, den Hinrichtungsbefehl für Mumia Abu-Jamal nicht zu unterzeichnen. Tony Benn und andere Abgeordnete der Labour Party schickten Protestbriefe. Auf der Kundgebung sprachen Vertreter von Gewerkschaften sowie studentischen und linken Gruppen. Jacob Ecclestone, stellvertretender Vorsitzender der National Union of Journalists, erinnerte daran, wie seine Eltern



Espartaco

Mexico City, 11. März: Pressekonferenz im Leo-Trotzki-Museum mit Esteban Volkov

sich in den 50er Jahren an dem Kampf beteiligten, die Rosenbergs zu retten, die letzten politischen Gefangenen, die in den USA hingerichtet wurden. Er wies darauf hin, was den „Vier aus Guilford“ und den „Sechs aus Birmingham“ passiert wäre, die jahrelang aufgrund erfundener Anklagen wegen „IRA-Terrorismus“ im Gefängnis saßen, wenn es in Britannien die Todesstrafe gegeben hätte.

• In Deutschland gab es am 23. März einen Aktionstag mit Demos in Stuttgart, Frankfurt/Main, Bonn, Hamburg und Berlin, organisiert von Antirassistischen und Internationalistischen Gruppen und der Kampagne Abu-Jamal in Bremen, woran sich das Komitee für soziale Verteidigung beteiligte. In Paderborn besuchten am 17. März 300 Jugendliche ein Benefiz-Konzert, das von Red Riot/Trotzkistische Jugendgruppe organisiert worden war und 1065 DM für Jamals Rechtsverteidigung aufbrachte. Aus vielen Städten werden Petitionsbögen an das KfsV geschickt – bisher wurden über 2500 Unterschriften gesammelt, und seit Dezember sind beim KfsV über 6800 DM an Spenden für Jamal eingegangen.

Die Unterstützung für Jamal wächst zwar mit jedem Tag, aber auch die Bullen von Philadelphia verstärken ihre Bemühungen, seine Hinrichtung zu erzwingen. Nur wenige Tage nachdem der amerikanische Verlag Addison Wesley das Erscheinen von *Live from Death Row* (Live aus der Todeszelle) für Mai ankündigte, eine Sammlung von Jamals Kommentaren (auf deutsch bei Agipa Press), startete die Fraternal Order of Police (FOP, Polizeibruderschaft) eine Kampagne, um das Erscheinen des Buches zu stoppen und die 30 000 Dollar Vorauszahlung zu beschlagnahmen, die



Workers Vanguard

New York, 29. Januar: Demonstration gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe im Bundesstaat New York

Jamal vom Herausgeber versprochen worden waren.

Paul Cooperstein, Sprecher des Partisan Defense Committee (PDC, amerikanische Schwesterorganisation des KfsV), erklärte dazu: „Im vergangenen Jahr zwang die FOP das National Public Radio, Sendungen mit Jamals Kommentaren abzusagen. Jetzt haben sie ihre Zensurkampagne auf das Verbot von Büchern ausgeweitet. Sie wissen – und fürchten –, daß Jamals Kommentare eine Menschlichkeit ausstrahlen, die Menschen überall im Lande bewegt. Sie wollen Jamal zum Schweigen bringen, um es einfacher zu machen, ihn zu töten.“

Charles Brover, einer der beiden Vorsitzenden des PDC, hob in seiner Rede auf der New Yorker Kundgebung am 11. Februar hervor, daß die Todesstrafe in der rassistischen

Fortgesetzt auf Seite 14

Seid bereit für sofortige Not-Demonstrationen!

Jamal ist in höchster Gefahr – sollte ein Todesbefehl unterschrieben werden, wird dies mit sofortigen Demonstrationen weltweit und auch in Berlin beantwortet. Sorgt dafür, daß jeder telefonisch erreichbar ist und daß diese Demonstrationen ein Aufschrei gegen die rassistische Todesstrafe werden, so laut wie irgend möglich.

Dies sind erste wichtige Schritte in der Mobilisierung einer fortdauernden breiten Protestkampagne, die notwendig ist, um Jamals Leben zu retten und die Todesstrafe abzuschaffen.

Schließt euch der Kampagne an, Jamal zu retten!

Organisiert Proteste! Verabschiedet Resolutionen in eurer Gewerkschaft, in der Schule, an der Uni und in Stadtteilorganisationen. Schickt Protestbriefe an Pennsylvanias Gouverneur Tom Ridge, Main Capitol Building, Room 225, Harrisburg, PA 17120, USA.

Schreibt Jamal, um eure Solidarität zu zeigen: Mumia Abu-Jamal, AM8335, SCI Greene, 1040 E. Roy Furman Highway, Waynesburg, PA 15370-8090, USA.

Spendet großzügig für Jamals Rechtsverteidigung!

Geld wird für den Kampf um Jamals Leben dringend ge-

braucht. Spendet auf das KfsV-Konto: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310 350 400, BLZ 100 400 00, Stichwort „Jamal“! Spenden, die mit „Jamal“ gekennzeichnet sind, sowie Spenden, die auf den weltweiten Demonstrationen gesammelt wurden, werden vollständig an das Committee to Save Mumia Abu-Jamal geschickt, das von Jamals Rechtsanwälten zu diesem Zweck initiiert wurde. Weltweit wurden in diesem Jahr bisher mehr als 15 000 US-Dollar für Jamals Verteidigung durch die vom PDC und seinen Schwesterorganisationen einschließlich des KfsV initiierte Kampagne aufgebracht. Viel mehr ist notwendig!

Erhältlich vom Komitee für soziale Verteidigung:

Protest-Petitionen an Gouverneur Ridge, Stapel des KfsV-Flugblatts „Rettet Mumia Abu-Jamal!“, DIN-A2-Plakate (DM 5,-), das Video des PDC zum Ausleihen: „Aus der Todeszelle, Mumia Abu-Jamal“ (25 Minuten, ebenfalls erhältlich von: Kampagne Abu Jamal, c/o Archiv 92, Postfach 15 03 23, 28093 Bremen).

Kontakt: KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin. Telefon: (0 30) 4 43 94 01.



Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal

Beyond the Bell

Die folgende Kolumne von Jamal gilt dem im letzten Jahr erschienenen Buch *The Bell Curve* (*Die Glockenkurve* oder *Die Normalverteilung*), einem rassistischen Traktat, das „wissenschaftlich“ verbrämt verbreiten will, Schwarze besäßen eine geringere Intelligenz als Weiße.

Es gibt eine Tendenz, die kürzliche Kontroverse über *The Bell Curve* als isolierten Vorfall zu behandeln, den man schnell vergessen kann in den tagtäglichen Kämpfen, die Menschen um ihr Überleben führen.

Studenten der Psychologie können jedoch die leidige und häßliche Tatsache bezeugen, daß die Geisteshaltung, die die Veröffentlichung dieses Buches motivierte, einen erstaunlich langen Stammbaum in der amerikanischen, und tatsächlich auch der europäischen, Geschichte besitzt.

Nirgendwo wird das klarer als in dem exzellenten Buch des anerkannten Paläontologen Stephen J. Gould, *The Mismeasure of Man* (*Der falsch vermessene Mensch*, 1981). Gould verdeutlicht, wie Jahrhundert der Wissenschaft vom Gift des Rassismus besudelt wurden, zusätzlich zu reiner Idiotie oder gar offener Schikane.

Betrachtet die Worte und Gedanken einiger der „Gründerväter“ Amerikas:

Abe Lincoln: „Es gibt einen physischen Unterschied zwischen der weißen und der schwarzen Rasse, der, denke ich, auf ewig verbieten wird, daß die zwei Rassen im Rahmen von sozialer und politischer Gleichheit zusammenleben. Und da sie so nicht leben können, muß es, da sie zusammenbleiben, die Position des Überlegenen und die des Minderwertigen geben, und ich trete ebenso wie jeder andere Mann dafür ein, daß die überlegene Position der weißen Rasse zukommt.“ (Lincoln/Douglas Debates, 1858)

Ben Franklin: „Ich würde mir wünschen, ihre Anzahl [der weißen Immigranten nach Amerika] würde erhöht. Und

während wir, wie ich es ausdrücken möchte, unseren Planeten polieren, indem wir Amerika von Wald befreien und so diese Seite unseres Globus ein helleres Licht reflektieren lassen, in die Augen der Bewohner von Mars und Venus, warum sollten wir sein Volk verdunkeln? Warum die Söhne Afrikas durch ihre Verpflanzung nach Amerika vermehren, wo wir eine so schöne Gelegenheit haben, durch den Ausschluß aller Schwarzen und Braunen die liebenswerten Weißen und Roten zu vermehren?“ (1751).

Wenn diese Leute aus der sogenannten Aufklärung diese Meinungen hatten, wie sah es mit den Männern der Wissenschaft aus?

Gould zeigt überzeugend, wie Vorurteile über Rassen oder Klassen die Schlußfolgerungen zutiefst beeinflussten, befleckten und färbten.

Wissenschaftler brachten Theorien über die Schädelgröße hervor (Kraniometrie), über Beulen auf dem Kopf (Kraniologie), alles vollständig vermessen, aber auch alles vollständig verkehrt.

Wie Gould in *The Mismeasure of Man* feststellt: „Was die Kraniologie für das neunzehnte Jahrhundert war, sind die Intelligenztests für das zwanzigste geworden, wenn sie davon ausgehen, daß Intelligenz ... eine einheitliche, angeborene, erbliche und meßbare Sache ist.“

Das trifft so genau den Punkt, und das Thema des biologischen Determinismus prägte das Leben und verfluchte das Leben von Millionen von Männern und Frauen, der sogenannten „Unterschicht“ in Britannien und der Schwarzen in den USA.

„Wissenschaft“ im Dienste der herrschenden Klasse, das ist es, worum es bei *The Bell Curve* geht.

The Mismeasure of Man zeigt, wie heimtückisch und absurd die *Bell* ist.

24. Februar 1995

Rettet Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 13

Geschichte der USA verwurzelt ist, die bis zur Sklaverei zurückreicht. Er fuhr fort:

Spezielle Todesgesetze waren in der frühen Gesetzgebung der Sklaverei vorgeschrieben, die die schwarzen Sklaven als Vieh definierte, als Privateigentum des Sklavenhalters, die ungefähr unter den gleichen „Schutzbestimmungen“ abgeschlachtet werden konnten, wie sie vielleicht bei einem widerspenstigen Maultier angemessen sind. Die Vorstellung, daß ein schwarzer Sklave nicht wirklich menschlich sei, ist immer eine wesentliche Komponente der rassistischen Ideologie in mehr oder weniger ausgeklügelter Form gewesen.

Gerade deshalb hat die einfache Erklärung von schwarzer Menschlichkeit immer noch Resonanz. Was heißt es, Mensch zu sein? Dies ist die Frage, die dem Buch *Narrative* (Erzählung) von Frederick Douglass zugrunde liegt, und es ist eine zentrale These der Bewegung zur Abschaffung der Sklaverei. Und wie in *Narrative* von Douglass sehen wir auch in dem gefeierten Roman *A Lesson Before Dying* von Ernest J. Gaines aus dem Jahr 1993 den tödlichen Horror des Rassismus gegen die sich entwickelnde Menschlichkeit

eines Mannes, der wie ein Tier verurteilt wurde. Wie Douglass bringt er seine Menschlichkeit in seinen geschriebenen Worten zum Ausdruck. Es ist, als ob Lesen und Schreiben – dem Sklaven per Gesetz vorenthalten und jetzt immer noch verweigert, wenn auch weniger offensichtlich – irgendwie beweisen kann, daß er menschlich ist. Sein letzter Akt ist nicht die moralische Reue, die von Verurteilten erwartet wird: „Sag ihnen, ich bin stark... Sag ihnen, ich bin ein Mann.“

Das ist es, was Mumia uns mit seinen fortgesetzten Schriften aus dem Gefängnis mitteilt. Im November schrieb er über jenes „Gesicht der ‚Besserungs‘anstalt, welches per Gesetz Unterricht bei denjenigen verbietet, deren Analphabetenrate schätzungsweise 60 Prozent beträgt ... die grausame Gleichförmigkeit, die den Geist betäubt, die Seele tötet ... ohne jeden Gedanken oder Hoffnung darauf zu wachsen, und welches das Gefängnis zur Behausung für den Geist des Todes macht... Welchem gesellschaftlichen Interesse dienen Gefangene, die Analphabeten bleiben?“

Schreiben ist für Mumia keine Nebensache. Ebenso wie Douglass sagt, daß es sein Weg zur Befreiung war, ist es wesentlich für Mumias Identität. Mumia ist Schriftsteller. Seine Schriften brachten ihn in Schwierigkeiten mit dem Gesetz. Seine Schriften sind es, die ihn weitermachen

lassen. Und obwohl er fest eingesperrt ist, sind es seine Schriften, die ihn mit den breiteren Kämpfen der Unterdrückten verbunden halten. Sie halten ihn auch in Verbindung mit uns.

Kapitalistischer Zerfall und Völkermord

Die Klasse, die herrscht, organisiert ihre Macht im Staat. Mit der Todesstrafe entscheidet der Staat, wer lebt und wer stirbt. In dieser Gesellschaft betrifft dies überwiegend die Armen und die Schwarzen. Der bösartige Drang der Bourgeoisie, eine immer größere Anzahl von Ghetto-Jugendlichen einzusperren und hinzurichten, spiegelt einen finsternen Impuls zum Völkermord an einer Schicht der schwarzen Bevölkerung wider. Besonders nach dem plebejischen Aufstand von Schwarzen, Weißen, Latinos und Menschen aus Asien, der Los Angeles nach dem Freispruch für die rassistischen Bullen erschütterte, die Rodney King zusammengeschlagen hatten, ist die herrschende Klasse tödlich entschlossen, eine Generation zu unterdrücken, für die der zerfallende Kapitalismus keine produktive Beschäftigung bietet. Die Ausgaben für Schulbildung und Sozialleistungen haben sich in Luft aufgelöst, während der Gefängnisbau boomt. Im letzten Herbst stockte Texas das Budget des Strafvollzugs um eine Milliarde Dollar auf und verweigerte gleichzeitig eine Staatsanleihe von 750 Millionen Dollar für Schulausbildung. Ebenso stellte in Kalifornien die Strafvollzugsbehörde in den letzten 10 Jahren 26 000 Leute ein, während im Bereich des höheren Schulsystems 8000 Jobs verloren gingen. Die herrschende Kapitalistenklasse läßt keine Zweifel an ihren Prioritäten.

Eine „Reservearmee“ arbeitsloser Arbeiter ist zwar ein notwendiges und unvermeidliches Merkmal des Kapitalismus, aber das Anwachsen eines großen Sektors von permanent arbeitslosen „Ausgestoßenen“ hat historisch die Bourgeoisie dazu getrieben, diejenigen auszulöschen, die sie als „Überschuß“bevölkerung betrachtet. In den Anfangsjahren der kapitalistischen Entwicklung, vor und während der industriellen Revolution in Britannien, vertrieb die Bourgeoisie absichtlich die Bauern massenweise vom Land – durch solche Maßnahmen wie Gesetze, mit denen sich Großgrundbesitzer Gemeindeland aneigneten –, um ein Arbeitskräftereservoir für die Manufaktur großen Maßstabs zu schaffen. Aber, wie Karl Marx im *Kapital* erklärte, „dies

vogelfreie Proletariat konnte unmöglich ebenso rasch von der aufkommenden Manufaktur absorbiert werden, als es auf die Welt gesetzt ward“. Um die daraus entstehende Masse arbeitsloser Vagabunden einzuschüchtern und zu zerstören, wurden drakonische Gesetze eingeführt. Unter der Herrschaft von Heinrich VIII. im 16. Jahrhundert wurden etwa 72 000 Bettler und Diebe gehängt – zu einer Zeit, als Englands Bevölkerung kaum ein paar Millionen betrug.

Heute, im Niedergang des Kapitalismus, gibt es wieder einen Drang, ganze Teile der Bevölkerung loszuwerden. Doch jetzt ist der Grund nicht, daß die Produktivkräfte zu unreif sind, um für alle Menschen nützliche Beschäftigung finden zu können, sondern vielmehr, daß sie längst über die Grenzen eines Systems hinausgewachsen sind, das auf der Produktion für Profit basiert. Das 20. Jahrhundert ist gekennzeichnet durch High-Tech-Barbarei, verkörpert durch das Gemetzel zweier interimperialistischer Weltkriege, überschattet vom Holocaust und dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki, und fortgesetzt mit unzähligen brudermörderischen und völkermörderischen Konflikten. Diese blutigen Gemetzel, viele von ihnen das Produkt der Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa, werden verschlimmert durch die Phänomene der „Friedenszeit“ wie weitverbreitete Hungersnöte und Epidemien, die große Teile der „Dritten Welt“ verwüsten, und die gegenwärtige „Sozialpolitik“ der US-Bourgeoisie, die darauf abzielt, eine ganze Schicht der Minderheiten-Bevölkerung des Landes zu zerstören und zu dezimieren.

Was wir „Völkermord USA“ genannt haben, ist keine vorübergehende Anomalie, zurückzuführen auf die politischen Siege rechter Republikaner, sondern vielmehr eine strategische Politik, ein Konsens beider großen Parteien. Der einzige Weg raus aus einer gräßlichen Zukunft von Obdachlosigkeit, Hunger und Gefängnis für Millionen Jugendliche der Minderheiten ist ein revolutionärer Kampf, der das kapitalistische Profitsystem wegfegt. Und der Schlüssel dazu ist die Schmiedung einer revolutionären Arbeiterpartei, die die soziale Macht des aus allen Bevölkerungsgruppen zusammengesetzten Proletariats mobilisieren wird, um als ein Tribun aller Unterdrückten zu handeln, im Kampf für eine sozialistische Gesellschaft, in der es einen gleichberechtigten und produktiven Platz für alle geben wird. ■

Schulungsreihen der Spartakist-Jugend

Halle

Donnerstag, 11. Mai

Imperialismus und der Verrat der Sozialdemokratie

Donnerstag, 23. Mai

Imperialismus und die nationale Frage: Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Dienstag, 13. Juni

Die neue Weltunordnung: Das Vierte Reich des deutschen Imperialismus sucht einen Platz an der Sonne

Dienstag, 27. Juni

Jüdische Frage und Kapitalismus

Dienstag, 4. Juli

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

jeweils 19.00 Uhr

Galeriecafe Steg, Stegpassage 2

Hamburg

Sonabend, 6. Mai

Die permanente Revolution am Beispiel von Südafrika

Sonabend, 20. Mai

Stalinismus: Totengräber der Revolution

Sonabend, 3. Juni

Italien: Klasse gegen Klasse anstatt Volksfront

Sonabend, 10. Juni

Die Aufgaben der Vierten Internationale

jeweils 16.00 Uhr

GWA, Hamburger Hochstr. 2

Weitere Informationen: (0 40) 32 36 44

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 9

aus. Er schlug die Warnungen sowohl des Spionagerings der Roten Kapelle unter Leopold Trepper in Westeuropa als auch des Sowjetspions Richard Sorge in Japan vor einem bevorstehenden deutschen Angriff in den Wind. Die Rote Armee war ihrer fähigsten und erfahrensten Offiziere durch eine blutige Säuberung beraubt worden, die den Generalstab dezimierte. Tausende waren ermordet worden, unter ihnen Marschall Tuchatschewski, um eine ganze Schicht auszulöschen, die sich an die Oktoberrevolution erinnerte, und um jede sich noch regende und potentielle Opposition gegen die bürokratische Herrschaft zu ersticken. Selbst Schukow, der bedeutendste sowjetische Strategie des Zweiten Weltkriegs, war gesäubert worden, und nur aus Mangel an fähigen Offizieren wurde er im Zweiten Weltkrieg wieder eingesetzt.

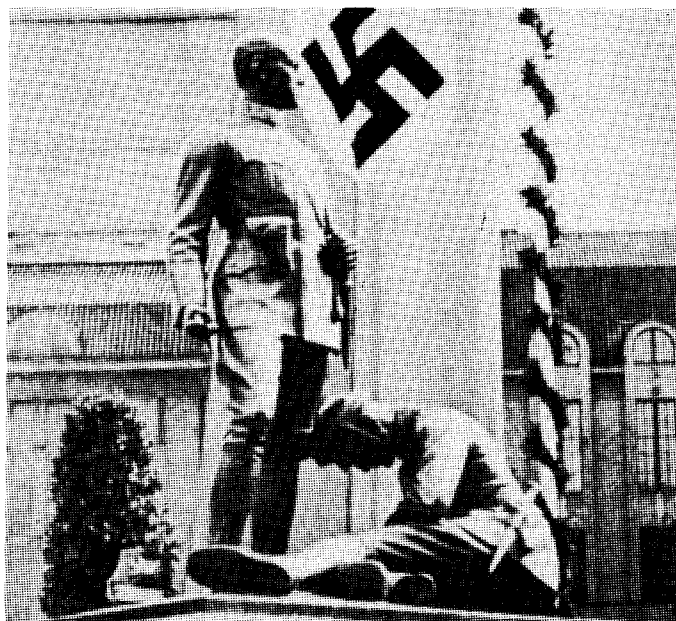
Während des Krieges war die Politik der stalinistisch geführten Widerstandsbewegung geprägt von nationalistischer Klassenzusammenarbeit. Die Linie der Stalinisten – eine „Anti-Hitler-Koalition“ mit den „demokratischen“ West-Imperialisten – führte dazu, daß ihre Genossen in den USA und Britannien Streikbruch begingen und Burgfriedenserklärungen mit den Bossen und ihren Regierungen unterstützten. Die französische Résistance wurde unter der chauvinistischen Losung „A chacun son boche“ (jedem seinen Kraut, wie die Deutschen genannt wurden) geführt, was die Verbrüderung und die Aufgabe, die keimende Opposition innerhalb der deutschen Streitkräfte zu organisieren, noch schwieriger machte, als sie ohnehin schon war. Die französischen Trotzkiten versuchten, an das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter in Uniform zu appellieren, und führten unter enormen Verlusten eine Politik der Verbrüderung durch. Mehr als einmal gab es einen spontanen Akt der Solidarität deutscher Soldaten mit dem Widerstand. Man sollte nicht vergessen, daß die Nazis während des Krieges bis zu 80 000 deutsche Soldaten erschossen oder aufgehängt haben, die sich nicht unterordneten oder desertierten.

Trotz Stalins Politik und seines zeitweiligen Zusammenbruchs schlugen die sowjetischen Arbeiter das Unternehmen Barbarossa zurück. Im Krieg gegen Nazi-Deutschland zeigte sich die Überlegenheit der Planwirtschaft auf Grundlage der vergesellschafteten Eigentumsformen, als ganze Produktionsanlagen weit hinter den Ural verlegt und auf Waffenproduktion umgestellt wurden, um die Front zu halten. Vor allem war es der entschlossene Wille der sowjetischen Bevölkerung zur Verteidigung der Oktoberrevolution, der den mutigen Kampf wie zum Beispiel in Leningrad ermöglichte. In der blutigen Schlacht um Stalingrad, wo Haus für Haus, Fabrik für Fabrik gekämpft wurde, gingen die Sowjets in die Offensive und erzwangen die Kapitulation der deutschen Truppen unter dem Wehrmachtsgeneral Paulus. Nach dem Sieg bei Kursk sechs Monate später stürmte die Rote Armee weiter nach Westen und befreite bis Oktober 1944 fast ganz Osteuropa.

Die PDS und ein Großteil der Linken jubeln heute die „Anti-Hitler-Koalition“ als die Kraft, die angeblich den Ausgang des Krieges bestimmt hätte; sie solidarisieren sich mit den imperialistischen Alliierten. Sie beteiligen sich damit an der Lüge der Imperialisten, daß der Zweite Weltkrieg ein Krieg für „Demokratie“ gewesen wäre, und spiegeln die antisowjetische Feindseligkeit der eigenen Herrscher wider. In Westdeutschland, Italien und Japan setzten die imperialistischen Alliierten nach dem Krieg „demokratische“ Regierungen ein, deren Staatsmaschine sich aus Beamten der ehemaligen faschistischen und militaristischen Regime zusammensetzte. Und der Kriegsverlauf zeigt eindeutig, daß die imperialistischen Alliierten dem Vormarsch der Sowjetunion

am feindlichsten gegenüberstanden. Wie Winston Churchill, der britische Premierminister, damals sagte, befürchteten sie: „Wir haben das falsche Schwein geschlachtet.“ Besorgt darüber, daß ein deutsches Machtvakuum durch die Sowjets gefüllt werden könnte, rief Churchill schon 1942 die Westmächte dazu auf, „nach dem Krieg eine Barriere gegen die kommunistische Barbarei [zu] errichten“.

Die Politik der westlichen Alliierten bestand darin, die Sowjetunion ausbluten zu lassen; sie schauten zu, als die Wehrmacht massenweise sowjetische Bürger abschlachtete – drei Millionen allein in den ersten Monaten des deutschen Überfalls. Trotz des ständigen Drucks der Sowjets zögerten die USA und Britannien die Westfront, die sie schon 1942 Stalin versprochen hatten, bis Mitte 1944 hin-



taz
Die Nazis errichteten 1934 ein Denkmal für die zwei verhaßten SPD-Bullen, für deren Erschießung Erich Mielke jetzt verurteilt wurde. Das Vierte Reich übernahm die Anklagen des Dritten, die auf Gestapo-Folter basierten

aus. Britannien erwog eine Invasion auf dem Balkan – d. h. in den Gebieten, die von der Roten Armee schon befreit worden waren – statt in der Normandie. Und die amerikanische Unterstützung der Sowjetunion mit Militärgütern lief nur langsam an und lieferte zu keiner Zeit mehr als 10 Prozent des sowjetischen Bedarfs. Der Vormarsch der westlichen Alliierten in Schleswig-Holstein wurde explizit mit der Absicht begründet, die Rote Armee zum Stillstand zu bringen. Um den Einfluß der Sowjetunion zurückzudrängen, wurde schließlich die Westfront errichtet, und der Wettlauf um Berlin begann. Am 6. Juni 1944 landeten US-Truppen in der Normandie. Bis dahin hatten die Deutschen 95 Prozent ihrer Truppen im Osten konzentrieren können, und zu keiner Zeit waren gegen die Rote Armee weniger als 65 Prozent der Wehrmacht im Einsatz.

Die britische und amerikanische Kriegsleitung weigerte sich hartnäckig, die Bahnlinien, die Krematorien und die SS-Siedlungen um die Vernichtungslager zu bombardieren. Statt dessen bombardierten sie im Februar 1945 die Zivilbevölkerung in Dresden, was jetzt von den deutschen Imperialisten zum Anlaß genommen wurde, einen ekelhaften deutschnationalen Medienrummel zu veranstalten. Die Bombardierung von Dresden ist seit langem ein Thema, das die Faschisten ausschlachten. In der offiziellen Ausstellung in der Dresdner Frauenkirche läuft darüber jetzt sogar ein Videoband mit der Propaganda des Nazi-Anbeters David Irving! Gewiß war diese Bombardierung ein imperialisti-

ches Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung, die sich nicht so sehr gegen die Faschisten wie gegen die anrückende Sowjetarmee richtete. Wie unsere Genossen in den USA schrieben:

„Letzten Endes hatten das ‚Unternehmen Donnerschlag‘, wie die Bombardierung von dem mit Flüchtlingen aus dem Osten gefüllten Dresden im Februar 1945 genannt wurde, die 35 000 Menschen das Leben kostete, und mehr noch der atomare Massenmord in Hiroshima und Nagasaki im August 1945 den Zweck, die Sowjetunion einzuschüchtern.“ (Workers Vanguard Nr. 379, 3. Mai 1985)

Viele Jugendliche gehen heute zu Demonstrationen unter Losungen wie „Deutschland halt's Maul“ und „Nie wieder Deutschland“, weil sie zutiefst angewidert sind vom deutschen Nationalismus, der auch in der Linken und Arbeiterbewegung weit verbreitet ist. Als Sprecher der „Antinationalen“ tritt Jürgen Elsässer von der konkret-Redaktion auf, der bis vor kurzem Chefredakteur der jungen Welt war. Er rechtfertigt mit der Losung „Keine Träne für Dresden“ die imperialistische Bombardierung: „Wer die Bombardierung Dresdens als Beweis für die Sinnlosigkeit von Krieg hernimmt, anstatt die Berechtigung der alliierten Kriegsführung mit dem Ziel der ‚bedingungslosen Kapitulation Deutschlands‘ zu unterstreichen, unterstützt die Geschichtsfälscher“ (junge Welt, 11. Februar). Er bezieht unverblümt die Seite der ‚demokratischen‘ Imperialisten und stimmt mit deren ‚Kollektivschuld‘-These überein, die davon ausgeht, daß es nur ein ‚deutsches Volk‘ gibt.

Die ‚Kollektivschuld‘-These war und ist entgegengesetzt zur Revolution in Deutschland. Das Nazi-Regime, das aus einer Massenbewegung von entfesselten Kleinbürgern hervorwuchs, wurde durch machtvolle kapitalistische Interessen an die Macht gehievt. Die Kapitalisten riefen die Faschisten herbei, um die ‚Bedrohung‘ durch eine proletarische Revolution der mächtigsten Arbeiterklasse in Europa abzuwehren. Das gleiche Gespenst verfolgte auch die ‚demokratischen‘ Imperialisten und stand hinter ihrer Politik der Massen-Bombardierungen, die die Demoralisierung der deutschen Bevölkerung zum Ziel hatten. Während des Krieges haben international nur die Trotzlisten diese wahllosen Terrorangriffe kritisiert, weil sie verstanden, daß der ‚Krieg für Demokratie‘ eine Lüge war. Diejenigen aber, die heute gemeinsam mit den deutschen Imperialisten die Bombardierung von Dresden beklagen, entschuldigen damit das Hitler-Regime.

**Anti-Hitler-Koalition:
Pakt gegen Arbeiterrevolution**

Mit dem Kriegsende zeigte sich am deutlichsten der Charakter der ‚Anti-Hitler-Koalition‘, die heute wieder von der PDS samt Kommunistischer Plattform als Modell hochgehalten wird. Sie war eine Allianz zwischen den ‚demokratischen‘ Imperialisten und dem Arbeiterstaat Sowjetunion: Klassenkollaboration auf internationaler Ebene. Während Stalin in Jalta nur zugebilligt wurde, was die Rote Armee schon befreit hatte, garantierte Stalin den Imperialisten die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung im übrigen Europa. Diese Volksfront diente als Garantie gegen die aufständischen Arbeiter, die in dem Vormarsch der Roten Armee einen Vorboten und eine enorme Ermunterung sahen, für ihre eigene Befreiung zu kämpfen.

Die Trotzlisten des holländischen Comité van Revolutionaire Marxisten (CRM) betonten im August 1943 in ihrer politischen Erklärung zum Zweiten Weltkrieg die Notwendigkeit, die Sowjetunion zu verteidigen, und warnten gleichzeitig:

„Wenn man den Sieg des alliierten Lagers herbei-



Trotzkistische Zeitung, gedruckt von Untergrundzelle in der Bretagne und unter Wehrmachtsoldaten verteilt

wünscht, akzeptiert man den Sieg des alliierten – britischen und amerikanischen – Imperialismus, seine Unterdrückung und Ausbeutung... Tatsächlich verstecken diese ‚linken Sozialdemokraten‘ ihren Britannien-freundlichen Standpunkt hinter ‚linken‘ Sätzen, genauso wie die Sozialdemokraten im vorigen Krieg ihre ‚Vaterlandsverteidigung‘ mit lügnerischen ‚linken‘ Phrasen gerechtfertigt haben.“

Für diese prinzipienfeste Opposition gegen den imperialistischen Krieg wurden Trotzlisten von den ‚demokratischen‘ imperialistischen Alliierten inhaftiert.

Nach dem Ende des Kriegs waren prosozialistische Bestrebungen weitverbreitet, und eine vorrevolutionäre Welle fegte durch Europa. In Griechenland mündete der kommunistisch geführte Partisanenkrieg und Arbeiterwiderstand gegen die deutsche Wehrmacht und ihre griechischen Kollaborateure nach der Befreiung in einen Aufstand gegen die britischen Imperialisten. In Italien gab es 1944 einen Aufstand gegen die deutschen Besatzungskräfte in Neapel und nach der Landung der Alliierten Aufstände in mehreren Städten im Norden. In Genua kapitulierten die Deutschen gegenüber den Partisanen. In Paris bewaffneten sich die Arbeiter, um mit der durch die Kollaboration mit den Nazis völlig diskreditierten Bourgeoisie abzurechnen. Aber diese Aufstände der Arbeiter wurden von den stalinistischen Führungen verraten, die die Arbeiter dazu zwangen, ihre Waffen abzuliefern. Die Volksfrontlinie bedeutete einen ‚demokratischen‘, also kapitalistischen ‚Neuanfang‘ und das *Erwürgen der proletarischen Revolution*, die in Frankreich, Italien, Griechenland und sogar in Deutschland auf der Tagesordnung stand. Die Stalinisten und die Sozialdemokraten waren Barrieren gegen die Revolution; dringend notwendig waren trotzkistische Parteien, um die Arbeiter auf der Grundlage des internationalistischen Programms der frühen Komintern zu führen. Aber die schwachen Kräfte der Vierten Internationale waren durch die mörderische Nazi-Repression und die stalinistischen Morde dezimiert worden.

Daß nicht ganz Europa 1945 rot wurde, führte direkt zu Millionen von Opfern in den Befreiungskriegen in den Kolonien, besonders in Algerien und Vietnam, und schuf letztendlich die Basis für die Konterrevolution in Osteuropa. Die verlogene Politik der ‚Anti-Hitler-Koalition‘ war ein Ausdruck der Stalinschen Politik, der die konservativ-nationalistische Konzeption vom ‚Sozialismus in einem Land‘ widerspiegelte. Dies hieß im Klartext, daß es in keinem anderen Land eine Revolution geben sollte. So ga-

Fortgesetzt auf Seite 18

Viertes Reich...

Fortsetzung von Seite 17

rantierte die Politik der Anti-Hitler-Koalition, daß sich mit dem verrotteten kapitalistischen Gesellschaftssystem Rassismus, Faschismus und Militarismus wieder erheben konnten. Doch die Massen der Werktätigen in Deutschland und ganz Europa wollten *alles*, nur nicht die Restauration des Kapitalismus. Das wußte Stalin, der – aus gutem Grund – über die „Gefahr“ von proletarischen Erhebungen nach dem Krieg, besonders in Deutschland, besorgt war.

Nach Stalins Meinung paßte der Sozialismus zu Deutschland wie „der Sattel auf die Kuh“ (*Stalin*, Isaac Deutscher). Und bis heute behaupten die inzwischen sozialdemokratischen Ex-Stalinisten, daß eine proletarische Revolution im Westen nicht möglich gewesen wäre. Doch die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Ganz Deutschland war nach der Befreiung ein Chaos, die Bourgeoisie war untergetaucht oder auf der Flucht. In Ost und West schossen proletarische Antifa-Komitees aus dem Boden, die sich um die Zwangsarbeiter und die Überlebenden aus den KZs kümmerten und daran gingen, die Betriebe und Büros zu entnazifizieren. Viele Nazis wurden von ihnen verhaftet und den Alliierten übergeben.

Im Westen war Gelsenkirchen nur eine der Städte, wo das militante Bergarbeiterkomitee die faschistischen Manager aus dem Werk jagte. Im Ruhrgebiet überreichten Bergarbeiter den alliierten Offizieren Pläne für die Nationalisierung der Montanindustrie unter Arbeiterkontrolle. Anfang 1947 gab es Massendemonstrationen von Hunderttausenden Arbeitern im Ruhrgebiet, Deutschlands industriellem Kerngebiet. Die Arbeiter verlangten die entschädigungslose Enteignung der Bergwerke, der Stahl- und der Chemieindustrie sowie die Kontrolle der Bevölkerung über die Lebensmittelverteilung, die in den Händen der alliierten Besatzungsmächte lag. Als diese Streiks sich über das Ruhrgebiet hinaus ausweiteten, verboten die französischen, britischen und amerikanischen Kommandeure alle Streiks und Protestaktionen und stellten sie unter Todesstrafe.

Der Kreml hatte ursprünglich die Absicht, östlich der Elbe einen „antifaschistisch-demokratischen“, d. h. *kapitalistischen* Staatsapparat aufzubauen. Die Linie, wie sie Ulbricht den KPD-Kadern einimpfte, war, daß „das deutsche Volk, vor allem die Arbeiterklasse“ kein „Klassenbewußtsein“ habe, sie sei „verseucht mit Faschismus und Reaktion“, „unfähig, eigenständig zu denken“ oder gar zu handeln. Damit halfen Stalin/Ulbricht den Imperialisten,

ihre Lüge der „Kollektivschuld“ aufrechtzuerhalten.

Aber die Aktionen der Arbeiter, die sich direkt gegen die kapitalistischen Eigentumsformen richteten, waren kaum zu kontrollieren. Arbeiter und Angestellte übernahmen auf eigene Initiative die Betriebe und setzten die Produktion in Gang. Sie bildeten Betriebsausschüsse oder Betriebsräte, die in vielen Fällen die Leitung der Fabriken übernahmen. Die Antifa-Komitees, die spontan entstanden, verstanden sich teils als Volksfront-, teils als Gewerkschaftskomitees, zum Teil aber auch als revolutionäre örtliche Sowjets. Ihre Aktionen gingen zumeist rasch in eine antikapitalistische Richtung. Wegen ihrer zum Teil unabhängigen politischen Aktion drängte die KPD-Führung darauf, die Antifa-Komitees lieber heute als morgen aufzulösen. Erst später, als eine defensive Reaktion auf den Druck der imperialistischen Alliierten im neuen „Kalten“ Krieg, wurden die Stalinisten dazu gezwungen, einen deformierten Arbeiterstaat im Osten aufzubauen.

Nur die trotzkistischen Kader hatten eine revolutionäre, proletarische Perspektive aufrechterhalten. Angesichts übermächtiger Kräfte und trotz episodischer Desorientierung waren sie vom Geist und Programm des revolutionären Internationalismus erfüllt. Der Aufstand in Saigon 1945, geführt von den vietnamesischen Trotzkisten; die Veröffentlichung von *Arbeiter und Soldat* durch französische Trotzkisten und die Verbreitung unter Wehrmachtssoldaten; die Zelle, die in den deutschen Streitkräften im französischen Brest aufgebaut wurde; die Beteiligung von indischen Trotzkisten an der Bewegung „Räumt Indien“; die Beteiligung der britischen und amerikanischen trotzkistischen Parteien an Streiks und anderen Gewerkschaftsaktionen, die objektiv gegen das imperialistische Kriegsunternehmen gerichtet waren – dies alles ist beredtes Zeugnis von dem Mut und sogar der Dreistigkeit der geringen Kräfte der Vierten Internationale, obwohl doch fast alles gegen sie sprach.

Die trotzkistischen Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds sahen die vorrevolutionäre Welle voraus, die nach dem Krieg durch Europa fegte. In ihrer Erklärung vom 20. April 1945, etwa eine Woche nach ihrer Befreiung geschrieben, arbeiteten sie ein Programm für die proletarische Revolution in ganz Deutschland aus, darunter Forderungen wie: „Sofortige freie Wahl von Arbeiter- und Bauernräten in ganz Deutschland und Einberufung eines allgemeinen Rätekongresses! ... Enteignung der Banken, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes! Kontrolle der Produktion durch die Gewerkschaften und die Arbeiterräte!“

Das Vierte Reich des deutschen Imperialismus

Der westdeutsche Staat war ein Geschöpf des Kalten Krieges der USA, der stärksten „demokratischen“ imperialistischen Macht, und er wurde explizit als Bollwerk gegen den Kommunismus aufgebaut. Bonn erklärte sich zum „Rechtsnachfolger“ von Nazideutschland, was zum antikomunistischen Kreuzzug gegen die DDR gehörte, der jede Legitimität abgesprochen wurde. Wir nennen das jetzt größer gewordene imperialistische Deutschland das Vierte Reich, weil die BRD die Kontinuität mit dem Wilhelminischen Zweiten Reich und Hitlers Drittem Reich darstellt, nicht nur in bezug auf die Gesetzgebung – zum Beispiel gehen die jetzigen deutschen Abtreibungsparagraphen auf Bismarcks Zeit zurück –, sondern auch was das Personal angeht sowie die Ziele des deutschen Imperialismus, obwohl diese teilweise unbefriedigt bleiben. Heute wollen die Herrscher des Vierten Reichs mit der energischen Hilfe der Sozialdemokraten die deutschnationale Identität verfestigen, um einen neuen Patriotismus hochzupeitschen. Sogar nach dem Zusammenbruch des Stalinismus sind „Wohlstand“ und Antikommunismus die Markenzeichen der Bundesrepublik, wie sie es von Anfang an gewesen sind.

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—

Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—

Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 118

Bestellt bei:	Konto 11988-601
Postfach 555	Postgiro Frankfurt/Main
10127 Berlin	BLZ 500 10060

Die Kontinuität des deutschen Imperialismus zeigt sich bei seinem Führungspersonal. So wie die Weimarer Republik die Gesetze und den Staatsapparat der Hohenzollern-Monarchie geschlossen übernahm, so zeigte sich auch unter Adenauer beim Personal die weitgehende Kontinuität des Dritten Reichs. Unter amerikanischer Schirmherrschaft rutschten die „ehemaligen“ Nazis nach der Entnazifizierung in Schlüsselpositionen. Hitlers Chef der Kriegsindustrie, Friedrich Flick, der aus Zwangsarbeitern und den Opfern der KZs riesige Profite herausgepreßt hatte, wurde 1950 aus dem Gefängnis entlassen und bald darauf Bonns „ungekrönter Finanzminister“ genannt. Hans Maria Globke, der Koordinator der Geheimdienste, der als die „graue Eminenz“ der Adenauer-Ära bekannt war, hatte maßgeblich zur Verfassung der Nürnberger Rassengesetze beigetragen; im Reichsinnenministerium behandelte er alle administrativen Maßnahmen bei der Entrechtung der Juden, „Mischlinge“ und „Rheinlandbastarde“ (so nannte Globke die Kinder von deutschen Müttern und schwarzen amerikanischen Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg).

Den militärischen antisowjetischen Spionageapparat von Hitlers „Fremde Heere Ost“ unter dem Wehrmachtsgeneral Reinhard Gehlen übernahm die CIA, um die Spionage und Sabotage gegen die Sowjetunion fortzusetzen. Die Gehlen-Organisation wurde 1955 zum westdeutschen Bundesnachrichtendienst. Die deutsche Justiz wurde intakt übernommen, so daß 1948 die überwiegende Mehrheit der Nazi-Blutrichter wieder im Amt waren. Und natürlich gab es da noch das altgediente NSDAP-Mitglied Kurt Kiesinger, der 1966 zum Kanzler gewählt wurde und der Chef der Großen Koalition mit der SPD war. Und Josef Abs, nach einer Unterbrechung von nur acht Wochen Haft, blieb bis zu seinem Tod im letzten Jahr in der Leitung der Deutschen Bank.

Und laßt euch nicht täuschen. Helmut Kohl ist kein „Mann der Mitte“, von aller Schuld befreit durch die „Gnade der späten Geburt“. Er ist die Kreatur der schlimmsten revanchistischen Elemente der Bourgeoisie von Auschwitz. Auf den Kanzlerposten wurde er gehievt durch einen machtvollen Kreis von Großindustriellen, die ihre Gewinne mit der „Vernichtung durch Arbeit“ bei der IG Farben gescheffelt hatten (siehe „Der Mann, der Führer sein möchte“, *Spartakist* Nr. 73, 3. Juli 1990).

Die kapitalistische Wiedervereinigung von Großdeutschland machte es möglich, daß das Vierte Reich um den Status einer Weltmacht konkurriert. Daß wir dies offen aussprechen, macht sozialdemokratische „Linke“ rasend. Denn sie versuchen, das imperialistische Deutschland reinzuwaschen, um die eigene Kapitulation zu kaschieren. Wie sonst könnten die PDS-Spitzen heute die Tatsache entschuldigen, daß sie die DDR ausverkauften: Sie sind gezwungen, den deutschen Imperialismus als „demokratischen Rechtsstaat“ auszugeben. Weder die Hochstapler des BSA noch das winzige Grüppchen „Gruppe Spartakus“ (GS) bringen es über sich, das Wort „Befreiung“ in ihrer Propaganda zum 8. Mai überhaupt auszusprechen. Statt dessen lautet die Überschrift der GS: „Keine Tränen am 8. Mai!“ An wen richtet sich diese Überschrift, wer soll da über den Sieg der Roten Armee hinweggetröstet werden? Es ist kein Zufall, daß die GS in der gleichen Ausgabe über „Die SpAD und ihre IV. Reich-Psychose“ geifert. Die GS will den deutschen Imperialismus ohne Vergangenheit darstellen, um sein jetziges rassistisches Gesicht zu beschönigen, und sie will ihre Unterstützung für die Sozialdemokratie ver-

tuschen, die 1989/90 das trojanische Pferd der Konterrevolution in der DDR war. Damals rief die GS: „Die Hauptgefahr ist Modrow“. Der stalinophobe BSA wiederum, der permanent versucht, die SPD-Hexenjäger bei der Jagd auf Ex-Stalinsten zu übertreffen, trat explizit dagegen auf, an Gedenkveranstaltungen zur Befreiung der KZs teilzunehmen.

Krise der Führung – damals und heute

Unsere Helden sind die Soldaten und Arbeiter, die den konterrevolutionären Ansturm in Stalingrad aufgehalten haben, die Verteidiger von Leningrad, die jüdischen und kommunistischen Partisanen und die Kämpfer der Roten Armee und der sowjetischen Völker, von denen 27 Millionen Menschen ihr Leben gaben. Und wir ehren die französischen trotzkistischen Märtyrer, die die revolutionäre Verbrüderung praktiziert haben und revolutionäre Zellen in der deutschen Wehrmacht organisierten.

Während die Losung des Buchenwalder KPD-Manifests von Emil Carlebach lautete: „Es lebe die deutsche Volksrepublik!“, erklärten die Trotzkisten und trotzkistischen Sympathisanten der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds (4. Internationale) am 20. April 1945:

„Alle Theorien und Illusionen über einen ‚Volksstaat‘, ‚Volksdemokratie‘ haben im Verlaufe der Klassenkämpfe unter der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse in die blutigsten Niederlagen geführt. Nur der unveröhnliche Kampf gegen den kapitalistischen Staat bis zu seiner Zerschlagung und die Errichtung des Staates der Arbeiter- und Bauernräte kann solche neuen Niederlagen verhindern. Die Bourgeoisie und das entwurzelte Kleinbürgertum haben den Faschismus an die Macht gebracht. Der Faschismus ist das Geschöpf des Kapitalismus. Nur die erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus ist imstande, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen... Für die gesamtdeutsche sozialistische Revolution, gegen eine Zerstückerung Deutschlands! Revolutionäre Verbrüderung mit den Proletariern der Besatzungsarmeen! Für ein Räte-Deutschland in einem Räte-Europa! Für die proletarische Weltrevolution!“

Heute ist eine revolutionäre, authentisch leninistische Partei dringend nötig, um die Werktätigen und Unterdrückten unter dem Banner des proletarischen Internationalismus zu vereinigen und auf dem Weg zur Macht im Kampf für ein Arbeiterräte-Deutschland in den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa vorwärtszugehen. Diese Partei will die Spartakist-Arbeiterpartei aufbauen, als Teil des Kampfes der Internationalen Kommunistischen Liga, Trotzkis Vierte Internationale wiederzuschmieden. ■

Öffentliche Debatte

50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

- Eberhard Czichon Historiker, PDS
- Renate Dahlhaus Zentralkomitee der SpAD

Mittwoch, 3. Mai 1995, 19.00 Uhr

Berlin, Humboldt-Universität, Raum 1072

Weitere Information: Spartakist-Jugend, Tel. 4 43 94 00

Türkei...

Fortsetzung von Seite 24

für diejenigen, die dies selbst zur Zeit entweder nicht können oder nicht dürfen. Dies gilt für den Iran, der ebenfalls einen schmutzigen Krieg gegen ‚seine‘ Kurden führt, aber es gilt vor allem für den Irak.“ US-Präsident Clinton brachte sein „Verständnis“ für den türkischen Einmarsch zum Ausdruck, und die NATO versorgte die Türkei mit Informationen durch AWACS-Radaraufklärung. Der deutsche Außenminister Klaus Kinkel sagte, daß die Invasion „berechtigten Sicherheitsinteressen“ entspreche, wobei er die fromme Hoffnung habe, daß die türkische Armee die „Menschenrechte“ respektiere und die Zivilbevölkerung „schütze“. Wohl genauso wie im türkischen Kurdistan, wo die Politik der „verbrannten Erde“ durch die türkische Armee in den letzten zehn Jahren 2000 Dörfer zerstört und damit eine kurdische Massenflucht von zwei Millionen geschaffen hat!

Ministerpräsidentin „Killer“ Ciller behauptete, die Truppen sollten „die PKK auslöschen“, aber Truppenbewegungen von diesem Ausmaß gaben der PKK Zeit, ihre Kräfte zurückzuziehen und Angriffe aus dem Hinterhalt zu planen. Kurdische Flüchtlinge aus der Türkei waren nicht so gut dran; sobald sie von der türkischen Armee gefangengenommen wurden, wurden sie auf der Stelle erschossen oder zurück in die Türkei verschleppt. Der UNO warf man vor, sie beherberge „PKK-Terroristen“ in ihren Flüchtlingslagern, also zwang man Flüchtlingsbetreuer der UNO dazu, Tausende Flüchtlinge aus Grenzorten in die „Schutzzone“ umzusiedeln.

Istanbul: Todesschützen ermorden Aleviten, Polizei ermordet Demonstranten

Eine Woche vor der letzten Offensive gegen die Kurden rief die kaltblütige Ermordung von Aleviten in Istanbul Massenproteste und Straßenschlachten mit der Polizei hervor, die sich auf alle größeren Städte in West-Anatolien ausweiteten. Am Sonntag, den 12. März drangen Bewaffnete in Cafés ein, in denen Männer dicht gedrängt die Fernsehübertragung eines Fußballänderspiels in der Istanbuler Vorstadt Gaziosmanpaşa verfolgten, einem alevitischen Armen- und Arbeiterviertel. Zwei Männer wurden erschossen und mindestens 15 verwundet. Die Aleviten sind eine säkularisierte (weltliche) und antiklerikale Religionsrichtung islamischer Schiiten. In der Türkei, wo die sunnitische Richtung des Islam seit der Zeit des Kalifats – der Herrschaft der unmittelbaren Nachfolger von Mohammed – vorherrscht, tendieren Aleviten dazu, die kurdischen und türkischen Linken zu unterstützen.

Als sich die Nachricht über die Morde verbreitete, strömten Demonstranten aus anderen armen und linken Vierteln zusammen. Ein spontaner Demonstrationszug zur örtlichen Polizeistation wuchs auf etwa 10 000 Menschen an. Die Polizei versuchte, die Demonstration mit Wasserwerfern, Panzerfahrzeugen und Kampfhubschraubern zu zerschlagen, aber die Menge antwortete mit dem Bau von Barrikaden. Bis Mittwoch abend hatten sich die Demonstrationen von Gaziosmanpaşa auf traditionell linke Hochburgen wie Ümraniye und Örmek auf der asiatischen Seite des Bosphorus ausgeweitet, und auch auf andere Städte, darunter die Hauptstadt Ankara. Dort durchbrachen 2000 Demonstranten Sicherheitsabsperungen um das Parlamentsgebäude.

Die Repression war brutal, es gab mindestens 30 Tote und 300 Verletzte, wobei die Regierung gezwungen war, die Polizei durch Armee-Einheiten zu ersetzen, ehe die Unruhen erstickt werden konnten. Protestdemonstrationen gab es auch in deutschen Großstädten, wo Zehntausende von

Türken und Kurden strategisch im Industrieproletariat konzentriert sind.

Da die Massen von Gaziosmanpaşa und anderen linken Bezirken keine entschlossene revolutionäre Führung hatten, die im kämpferischen Industrieproletariat der Türkei verankert ist, folgten sie ihren örtlichen und religiösen Führern und entfernten die Barrikaden wieder, als die Armee aufmarschierte. Obwohl Demonstranten Forderungen nach einem Generalstreik erhoben, blieben die staatlich kontrollierten Gewerkschaften passiv und bliesen sogar einen geplanten zweistündigen Generalstreik während der Unruhen wieder ab.

Die Aleviten sind schon lange religiöser Diskriminierung ausgesetzt. Diese Massenproteste aber werden hervorgerufen durch den wachsenden Terror seitens des Staates, der islamischen Fundamentalisten und der Faschisten sowie durch eine Wirtschaftskrise, die immer schlimmer wird. Ciller, die von Süleyman Demirels rechter DYP (Partei des richtigen Weges) in den Sattel gehoben wurde, wurde im Juni 1993 die erste Ministerpräsidentin der Türkei, weil man sie aufgrund ihres wirtschaftswissenschaftlichen Abschlusses an der Universität Yale und ihrer guten Beziehungen zum IWF für eine Finanzexpertin hielt. Sie sollte den traditionellen bürgerlichen Parteien, die von einer Generation alternder, korrupter und diskreditierter Politiker dominiert wurden, welche in den letzten 30 Jahren drei Armeeputsch überlebt hatten, zu einem neuen Gesicht verhelfen.

Seit Cillers Amtsantritt ist die jährliche Inflationsrate auf mehr als 150 Prozent hochgeschossen, so hoch wie nie zuvor in der Türkei, und die offizielle Arbeitslosigkeit beträgt über 20 Prozent. Selbst die vom Staat kontrollierten Gewerkschaften berichten, daß allein im letzten Jahr das reale Pro-Kopf-Einkommen um 30 Prozent (!) gefallen und die Zahl der Arbeitslosen um 600 000 angestiegen ist. Trotzdem schafft es dieses bankrotte Regime, jedes Jahr 9 bis 12 Milliarden DM auszugeben, um im türkischen Kurdistan permanent 300 000 Soldaten stationiert zu halten und dort einen brutalen Krieg zu führen. Istanbul, mit 12 bis 14 Millionen Einwohnern die größte Stadt der Türkei, wächst jedes Jahr um 500 000 Menschen, weil die Verelendeten und Entwurzelten, vor allem Kurden, vom Land in die Stadt strömen.

Aufstieg der Fundamentalisten und Faschisten

Der Zusammenbruch der türkischen Wirtschaft hat eine ruinierte Kleinbourgeoisie und ein verzweifertes Lumpenproletariat in den Slums geschaffen, was ein Nährboden ist sowohl für die islamischen Fundamentalisten, die sich auf Sunniten stützen und von Necmettin Erbakans Refah (Wohlfahrtspartei) repräsentiert werden, als auch für die MHP (Partei der Nationalen Bewegung) des faschistischen Führers Alparslan Türkes. Die Refah hat bei den Kommunalwahlen im letzten Jahr 19 Prozent der Stimmen gewonnen, was ihnen die Kontrolle über die Stadtverwaltungen in Istanbul und Ankara gibt. Die faschistische MHP kam auf 8,8 Prozent der Stimmen und hat ihre Hochburg in der Polizei. Der Fundamentalismus ist auch im türkischen Kurdistan aktiv, wo die terroristische Organisation „Hizbollah“, die von den staatlichen Sicherheitskräften unterstützt und von Faschisten trainiert wird, seit ihrem Auftauchen 1991 über 1000 mörderische Überfälle durchgeführt hat (*Junge Welt*, 30. Januar).

Sowohl die Fundamentalisten als auch die Faschisten treten für extremen türkischen Chauvinismus ein. Die organisatorischen Grenzen zwischen ihnen sind fließend, vor allem zwischen ihren bewaffneten Banden, der fundamentalistischen IBDA-C und den faschistischen Azcimendis und Grauen Wölfen. Gleichzeitig stellen sie Rekruten für die Todesschwadronen der Regierung, die unter dem Namen

**Proteststreiks
in den großen
Städten im
April. Beamte,
unterstützt von
den Arbeitern
im öffentlichen
Dienst, kämp-
fen für das
Streikrecht
und einheit-
liche Tarife**



yeni politika

„Rambos“ bekannt sind. Trainiert von der GSG 9, einer Sondereinheit des deutschen Bundesgrenzschutz, üben sie im türkischen Kurdistan eine Terrorherrschaft aus. Darüber hinaus geben die Faschisten und Fundamentalisten den expansionistischen Ambitionen der türkischen Bourgeoisie – die das Ziel hat, den „Ruhm“ des Osmanischen Reiches wiederzuerlangen und zu einer regionalen imperialistischen Macht zu werden – dadurch Unterstützung, daß sie „Freiheitskämpfer“ für die blutigen ethnischen Kriege in Bosnien und Aserbeidschan rekrutieren.

Sowohl die Faschisten als auch die islamischen Fundamentalisten haben Grund genug, die linken säkularen Aleviten zu hassen, die gegen den Schleier sind, Frauen nicht ausgrenzen und in ihren religiösen Zentren alkoholische Getränke servieren. Als die islamischen Fundamentalisten 1994 in Istanbul die Wahl gewannen, versuchten sie, diese Zentren zu schließen, die durch den entschlossenen Widerstand der alevitischen Gemeinde verteidigt wurden. Ciller verkaufte bei ihrem Besuch in Clintons Weißem Haus die Türkei als ein Bollwerk gegen islamischen Fundamentalismus, doch zu Hause betreibt der türkische Staat gegenüber dem fundamentalistischen Terror eine Politik der Beschwichtigung und nutzt ihn aus. Das Massaker vom 12. März in Gaziosmanpaşa weckt Erinnerungen an das Massaker an Künstlern und Intellektuellen im Juli 1993 in der zentralanatolischen Stadt Sivas, einer alevitischen Hochburg, als 37 Menschen in den Flammen starben und weitere 60 schwere Verletzungen erlitten (siehe „ Pogrom der Fundamentalisten in Sivas – Von Istanbul bis Köln: Hunderttausende protestieren“ in *Spartakist* Nr. 106, September 1993).

Viele türkische und kurdische Linke erinnern sich allzu gut daran, wie 1978 Massaker in alevitischen Hochburgen durch Fundamentalisten und Faschisten in zwei Jahre dauernde Straßenkämpfe übergingen, bei denen 5000 Menschen ums Leben kamen. Die Linke wurde nicht nur in isolierten Schießereien mit den Faschisten und der Polizei aufgerieben, sondern auch in ihren eigenen mörderischen Grabenkämpfen, wodurch eine proletarische Einheitsfrontoffensive verhindert wurde, die die Banden der faschistischen Killer hätte zerschlagen können. Als es vorbei war, hatte das Militär in einem von der NATO unterstützten Putsch die Macht übernommen und alle politischen Parteien und den wichtigsten Gewerkschaftsdachverband DISK verboten.

Obwohl die Todesschützen vom 12. März bisher nicht

identifiziert wurden, wußten die Demonstranten in Istanbul, wer hinter dem Massaker steht, denn sie trugen Banner, auf denen stand: „Bullen und Faschisten, Hand in Hand“, „Die Regierung muß zurücktreten“ und „Der Staat ist der Mörder“. Aber die Demonstranten trugen auch Porträts von Kemal Atatürk, dem bürgerlich-nationalistischen Gründer der modernen türkischen Republik, was tiefsitzende Illusionen in den „Kemalismus“ und die kemalistischen Traditionen der türkischen Armee ausdrückt. Auch vor vier Jahren, als streikende Kohlebergarbeiter und ihre Familien aus Zonguldak versuchten, nach Ankara zu marschieren, trugen sie Bilder von Atatürk (siehe „Stürzt Özal durch Arbeiterrevolution! Heroischer Bergarbeiterstreik erschüttert Türkei“ in *Spartakist* Nr. 82, Januar 1991).

Kemalismus oder Kommunismus

Das Erbe von Mustafa Kemal Pascha (Atatürk) ist ein Beleg für die *Begrenztheit* der bürgerlichen Revolution in wirtschaftlich rückständigen Ländern in der Epoche des Imperialismus. Atatürk schaffte das sunnitische islamische Sultanat ab und versuchte, eine säkulare Republik zu gründen. Er gab sich große Mühe, die Türkei aus der mittelalterlichen Stagnation des Osmanischen Reichs herauszuziehen und moderne Methoden einzuführen, darunter symbolische Maßnahmen wie das Verbot des Fes (der traditionellen männlichen Kopfbedeckung für osmanische Beamte), und er schaffte das Tragen des Schleiers ab, eine lebenswichtige Maßnahme zur Emanzipation der Frauen. Aber weil Atatürk die ausbeuterischen Eigentumsverhältnisse des Ancien Régime (Bezeichnung für das Feudalregime in Frankreich vor der Revolution) nicht antastete, ließ er die materiellen Grundlagen intakt, die ein dreiviertel Jahrhundert später den Wiederaufstieg von religiösem Obskurantismus hervorbringen.

Besonders nach dem Putsch von 1980 durch das „kemalistische“ Militär unterstützte der Staat den Aufstieg des islamischen Fundamentalismus als eine Waffe gegen die sozialistische Linke. Heute beschäftigt das staatliche Amt für religiöse Angelegenheiten 90 000 sunnitische Geistliche, unterstützt 64 000 Moscheen und schreibt sunnitischen Religionsunterricht in allen staatlichen Schulen vor. Obwohl Atatürk den Brautpreis formal abgeschafft hat, werden Frauen auf dem Land oft noch wie Vieh behandelt; selbst in den Großstädten werden sie massiv unterdrückt und ausgebeutet.

Fortgesetzt auf Seite 22

Türkei...

Fortsetzung von Seite 21

Das Osmanische und Russische Reich hatten den Charakter eines Vielvölkerstaats, ein Produkt ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit. Die türkische und die russische Bourgeoisie erschienen zu spät auf der historischen Bühne und waren zu schwach, um einen modernen homogenen Nationalstaat zusammenzuschweißen. In der Türkei versuchte die Armee, diese Rolle durch eine brutale Politik von Massenumsiedlungen, Zwangsassimilation und Völkermord zu spielen. Im Ersten Weltkrieg massakrierten und deportierten die „jungtürkischen“ Offiziere unter der Führung von Kemal Pascha, die die Türkei modernisieren wollten, mehr als zwei Millionen Armenier, die gemeinsam mit Türken und Kurden in Ostanatolien lebten. Nach dem Krieg sah Atatürk sich gezwungen, bolschewistische Losungen auszuleihen, um die werktätigen Massen hinter sich zu bringen, nur um die gerade erst gegründete Kommunistische Partei gnadenlos auszulöschen, die Arbeiterbewegung brutal zu unterdrücken und die Aleviten sowie die Kurden, die Griechen und die Armenier, die ihn unterstützt hatten, aus dem Land zu jagen und/oder zu massakrieren.

Im Gegensatz dazu befreite die russische Oktoberrevolution 1917 unter der Führung von Lenins und Trotzki's bolschewistischer Partei die unterdrückten Massen von dem zaristischen Völkergefängnis, darunter die turksprachigen Völker Zentralasiens. Dies schuf die soziale Basis für die Befreiung der unterdrückten Frauen des Ostens von häuslicher Sklaverei und religiösem Obskurantismus. Der russische Oktober bestätigte Trotzki's Theorie der permanenten Revolution: In Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung können die Aufgaben, Demokratie und nationale Befreiung zu erlangen, nur durch die Diktatur des Proletariats, das die bäuerlichen Massen anführt, wirklich gelöst werden. Der Schlüssel dazu ist die Schmiedung einer internationalistischen Führung, nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei, die die multinationale Arbeiterklasse der Türkei an die Macht führt.

Doch Trotzki's Perspektive der permanenten Revolution hielt daran fest, ebenso wie Lenin und die frühe Kommunistische Internationale, daß nur die internationale Ausweitung der Revolution auf die imperialistischen Zentren, die eine fortgeschrittene kapitalistische Wirtschaft haben, den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft möglich machen kann. Das stalinistische Dogma vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“, das der konservativen Einstellung einer nationalistischen Bürokratie entspricht, war ein Programm für die Degenerierung und letztendlich die Zerstörung der Revolution, wie Trotzki warnte. Und 1989–92 ist genau das eingetreten mit der kapitalistischen Konterrevolution in ganz Osteuropa und der Sowjetunion. Heute haben weder der bürgerlich-nationalistische Kemalismus noch der Stalinismus den Unterdrückten in der Türkei einen Weg vorwärts zu bieten. Nur eine Arbeiterrevolution, die die ganze Region einbezieht und sich nach Europa ausweitet, kann für Kurden und die anderen unterdrückten nationalen Minderheiten im türkischen Völkergefängnis den Weg zur Freiheit öffnen.

Pax Germanica in Türkei und Kurdistan

Die Türkei hat nach den USA die zweitgrößte Armee der NATO; von ihren imperialistischen Verbündeten wurde diese Armee als antikommunistisches Bollwerk gegen die Sowjetunion aufgebaut. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wollen die imperialistischen Verbündeten der Türkei, daß sie in der „Neuen Weltordnung“ einen regionalen Polizisten spielt, wobei ihnen aber die türkischen Expansionsgelüste in der Region Unbehagen bereiten. Für die

Imperialisten hat die Türkei inzwischen den Bogen überspannt, weil sie sich schon zu lange in deren „Schutzzone“ im Nordirak aufhält. Die Türkei hat offensichtlich eigene Pläne im Nordirak und in den Ölfeldern von Kirkuk, die bis 1922 zum Osmanischen Reich gehörten. Im kleineren Rahmen spricht man in Ankara davon, im Nordirak eine „Sicherheitszone“ im Stil des „Südlibanon“ einzurichten: eine permanente türkische Militärpräsenz zu behalten und die Peshmerga-Armeen von Barsani und Talabani auszunutzen, so wie Israel die rechten christlichen Maroniten-Milizen als Grenzschutztruppen ausnutzt.

Aber die imperialistischen Mächte halten die weitergehenden Pläne der Türkei für destabilisierend. Selbst Zeitungen, die der Regierung in der Türkei nahestehen, berichten von der Besorgnis im Generalstab über wachsenden Widerstand im Nordirak gegen den Einmarsch, wobei der Stabschef Karadayi offen davor warnt, „daß sich die türkische Armee bei einem längeren Aufenthalt im Nordirak in einen ‚Sumpf‘ begeben, der den Erfahrungen der Amerikaner in ‚Vietnam‘ zu vergleichen sei“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. April). Eine Waffenlieferung im Wert von 150 Millionen DM und eine weitere Subvention von 150 Millionen DM für den Bau zweier Kriegsschiffe ist gestoppt worden. Die deutsche Bourgeoisie ist sich darüber einig, daß die Türkei in ein vom Vierten Reich dominiertes Europa aufgenommen werden soll, aber sie ist gespalten darüber, wie dies geschehen soll. Ein Flügel erkennt, daß die Türkei nicht am Gewinnen ist und sich ihren „schmutzigen Krieg“ gegen die Kurden nicht länger leisten kann.

Eine riesige Anzeige, die vor kurzem in größeren deutschen Zeitungen erschien und von SPD-Größen und Grünen wie Oskar Lafontaine und Joschka Fischer unterschrieben war, forderte eine „politische Lösung“ nach dem Modell der „Machtteilung“ in Südafrika zwischen den gnadenlos ausgebeuteten schwarzen Massen und ihren weißen kapitalistischen Ausbeutern oder dem Modell der palästinensischen „Autonomie“, wo die PLO die immer verzweifelten verarmten Massen des Gazastreifens und in Jericho unter Polizeikontrolle hält. Ein „Appell für die sofortige Beendigung der Türkei-Hilfe und eine politische Lösung in Kurdistan“, der von einer Reihe PDS-Parlamentarier unterzeichnet wurde, fordert die deutsche Regierung – den Paten des türkischen Militärs – dazu auf, sie solle „die türkische Regierung unter Druck setzen, endlich Schritte zu einer politischen Lösung zu ergreifen“.

Die PKK von Abdullah Öcalan fordert selbst seit Jahren eine „politische Lösung“, und ihre kürzliche Sitzung des kurdischen Exil-Parlaments hatte den Palästinensischen Nationalrat zum Modell. Doch große Hindernisse stehen der Möglichkeit im Wege, daß Madame Ciller und „Apo“ Öcalan sich auf dem Rasen vom amerikanischen Weißen Haus oder in Bonn die Hand geben und dann gemeinsam abfliegen, um den Friedensnobelpreis in Norwegen entgegenzunehmen.

Die Frage der kurdischen Flüchtlinge wird von keiner Partei im Bundestag, auch nicht von der PDS, als humanitäre Frage behandelt. Sie ist vielmehr eine Frage der Außenpolitik und vom Image des Vierten Reichs. Die SPD-„Opposition“ stimmte zusammen mit der CDU dafür, das Asylrecht für Flüchtlinge in Deutschland praktisch abzuschaffen. Die SPD forderte letztes Jahr am lautesten Bonn auf, die PKK und Dutzende von kurdischen Organisationen zu verbieten, was Ankaras Krieg gegen die Kurden nach Deutschland brachte. Wenn heute SPD-geführte Bundesländer die Gnadenfrist, bis kurdische Flüchtlinge aus Deutschland in die Folterkammern und vor die Erschießungskommandos in der Türkei zurückgeschickt werden, um ein paar Wochen verlängern, dann soll damit auf Ankara nur etwas Druck ausgeübt werden. Allerdings

behauptet die SPD-Regierung im hochindustrialisierten Nordrhein-Westfalen, wo die größte Konzentration von türkischen und kurdischen Arbeitern in Deutschland ist, angesichts der näherrückenden Landtagswahlen, daß sie sich der CDU-Kampagne gegen Immigranten *anschließen müsse*, angeblich um ihr entgegenzutreten, und tritt für sofortige Abschiebungen ein.

Im letzten Jahr gab es einen internationalen Protestschrei, als kurdische Abgeordnete in Ankara ihrer parlamentarischen Immunität beraubt, Schauprozessen unterworfen und mit harten Gefängnisstrafen für „separatistische“ Propaganda verurteilt wurden. Gleichzeitig sind im deutschen „Rechtsstaat“ 600 000 Kurden völlig entrechtet, dürfen nicht einmal ihren Kindern kurdische Namen geben und haben lange Gefängnisstrafen und Abschiebung zu erwarten, nur wenn sie ihre verbotene Nationalfahne zeigen.

Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft dafür, die Abschiebungen zu stoppen, für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und dafür, die Einheit der deutschen und eingewanderten Arbeiter im Klassenkampf zu schmieden. Zusammen mit unserer brüderlich verbundenen Verteidigungsorganisation, dem Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), stellen wir uns gegen das Verbot der PKK und der anderen kurdischen Vereine und haben uns an Protesten gegen diese antidemokratische Maßnahme der imperialistischen Repression zugunsten des mörderischen Regimes von Ankara beteiligt. Ebenso verteidigen wir energisch Linke wie den Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB), dessen Münchener Mitglieder von den bayerischen Behörden verfolgt werden, weil sie sich weigern, dem Staat die Namen von kurdischen Aktivisten auszuliefern, und weil sie PKK-Lösungen in der RSB-Zeitung *Avanti* abgedruckt haben.

Aber wir verurteilen auch ganz entschieden die terroristische Kampagne von Bombenanschlägen auf türkische Einrichtungen und Geschäfte, egal aus welcher Ecke sie kommen. Diese Kampagne dient dazu, die Arbeiterbewegung hier und in der Türkei zu spalten und zu vergiften. Der Sprecher des politischen Flügels der PKK, Ali Sapan, sagte bei der kürzlichen Sitzung des kurdischen Exilparlaments in Den Haag: „Wenn Deutschland versucht, den Krieg in Kurdistan zu beenden, wird der Krieg in Deutschland aufhören.“ Wir sind auf der Seite der PKK, wenn sie gegen den mörderischen türkischen Staat und seine imperialistischen Unterstützer Schläge führt. Aber der „Krieg“, von dem Sapan spricht, *dient* diesem Staat und seinen Unterstützern: Es ist eine Kampagne von *wahllosem Terror* gegen Reisebüros und andere Einrichtungen, die aus dem einzigen Grund ausgewählt werden, weil sie von *Türken* geführt werden. Dies spiegelt die völkermörderische Logik des Nationalismus wider, der ganze Völker zum Feind erklärt, statt ihre bluttriefenden herrschenden Klassen.

Die RSB-Anhänger von Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat (VS) teilen den früheren Hang ihres Mentors zum Guevarismus und setzen Solidarität mit dem kurdischen Freiheitskampf mit der unkritischen Hochjubelung von „Apo“ gleich. Natürlich hat Mandel, um den Kalten Kriegern der Sozialdemokratie hinterherzukriechen, schon lange die Guerilla-Strategie eingetauscht gegen die Solidarität mit der von der CIA unterstützten Solidarność in Polen und gegen Lkw-Konvois von „workers aid“ nach Tuzla in Bosnien, die NATO-Luftunterstützung erhielten. Der RSB hingegen will die proimperialistische Politik des VS mit einer Che-Mütze verkleiden. So lobt *Avanti* (April 1995) die PKK wegen ihres „Exilparlaments“, dem auch „gemäßigte“ islamische Gruppen angehörten, und stellt sie den stalinistisch regierten deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas entgegen. Und der RSB teilt das politische Ziel der PKK, wie der gemeinsame Appell mit SPDlern und Grünen zeigte, den der RSB gegen das Verbot der Newroz-Feiern in

Deutschland unterstützt hat und der eine „demokratische und politische Lösung in Kurdistan“ fordert.

Tatsächlich ist die PKK nicht so sehr eine stalinistische Organisation, sondern eher eine kurdische Mächtegern-Kuomintang, kleinbürgerliche Nationalisten, die sich nach imperialistischer Unterstützung sehnen. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa und der Sowjetunion appelliert die PKK direkt an Bonn und Washington und schreit nach „brüderlicher Hilfe“. *Avanti* sagt nichts über die Unterstützung des wahllosen Terrorismus in Europa durch die PKK, aber wie Sapan unzweideutig klarmacht, unterscheidet sich das Ziel der PKK nicht von SPD, Grünen und PDS: Kohl unter Druck zu setzen, er solle auf Ciller und ihre Generäle Druck ausüben, daß sie über eine „politische Lösung“ verhandeln.

Proletarischer Internationalismus und kurdische Freiheit

Als proletarische Internationalisten sind die SpAD und die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) immer für die nationale Befreiung des kurdischen Volkes eingetreten. Aber für eine wirkliche Befreiung müssen vier reaktionäre kapitalistische Staatsmächte zerschlagen werden. Dies wird niemals unter der Schirmherrschaft der Imperialisten zustandekommen, die schließlich für die Teilung Kurdistans, im Friedensvertrag von Sèvres nach dem Ersten Weltkrieg, verantwortlich sind und die immer wieder die kurdischen Massen betrogen und Massakern ausgeliefert haben. Die Befreiung wird auch nicht unter der Führung von Nationalisten zustandekommen, die von den Imperialisten Hilfe erwarten und gleichzeitig die soziale Rückständigkeit der traditionellen kurdischen Gesellschaft glorifizieren.

Die Nationalisten haben der Hälfte der kurdischen Bevölkerung in der Türkei, die in den Großstädten im Westen konzentriert ist, nichts anzubieten. Gerade in den städtischen Zentren von Bagdad und Istanbul bis Berlin und Köln haben die Kurden gemeinsam mit türkischen und deutschen Arbeitern die soziale Macht, die ihr Volk, und damit auch die ländlichen Massen, von der drückenden Last der sozialen und nationalen Unterdrückung befreien kann. Kurdische, türkische und andere eingewanderte Arbeiter, die in Deutschland und anderswo in Europa in der Großindustrie konzentriert sind, können eine Brücke schlagen, um den Kampf für nationale Emanzipation und sozialistische Revolution in die imperialistischen Metropolen zu tragen. Selbst unter den Bedingungen eines Polizeistaats führten letztes Jahr kurdische und türkische Arbeiter gemeinsame Massenstreiks gegen das Verelendungsprogramm der Regierung und deren arbeitsplatzvernichtende Privatisierungspläne im öffentlichen Dienst durch. Wie wir in unserer Grußadresse an eine Konferenz kurdischer Militanter 1984 erklärten:

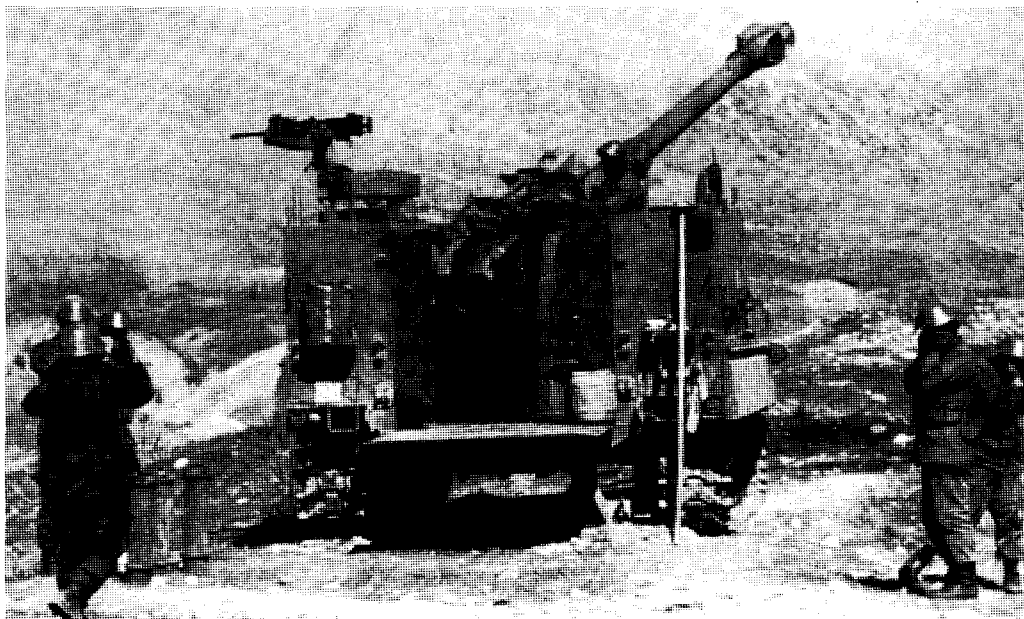
„Die kurdischen Massen müssen eine Allianz mit den arabischen, persischen und türkischen Arbeiterklassen anstreben; diese muß man dazu bringen, die entschiedensten Vorkämpfer des Rechts auf Selbstbestimmung für die Kurden gegen den Großmachtchauvinismus ihrer eigenen Bourgeoisien zu werden.“

Als Teil des multinationalen Proletariats der Region können die Kurden eine führende Rolle dabei spielen, das ganze verrottete System zum Einsturz zu bringen, das errichtet wurde, um den imperialistischen Herrschern zu dienen. Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Für die klassenkämpferische Einheit der kurdischen, türkischen und aller Arbeiter in Deutschland! ■

SPARTAKIST

Türkei: Arbeiterrevolution gegen ansteigende Reaktion!

Seit Jahren wird im türkischen Kurdistan das kurdische Neujahrsfest Newroz vom 21. März mit nackter militärischer Gewalt zerschlagen, wie jeder Ausdruck von kultureller und nationaler Identität der Kurden. Um dieses Jahr „Newroz“ mit einem richtigen Paukenschlag zu beginnen, kündigte die türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller die „Endlösung der Kurdenfrage“ an. In ihrer größten militärischen Operation seit Gründung der Republik schickte die Türkei am 20. März 35 000 Soldaten in den Nordirak. Kurdische Dörfer im Irak wurden bombardiert und niedergebrannt, oft wurden Kinder und alte Menschen auf der Stelle erschossen. Gleichzeitig startete die türkische Armee mit 25 000 Mann eine militärische Offensive in der ostanatolischen Region Dersim (Tunceli auf türkisch). Dieses Gebiet, wo die kurdische Massenerhebung von 1936–38 stattfand, die erst mit drei Armeekorps von Kemal Atatürk niedergeschlagen werden konnte, ist wieder einmal ein Zentrum kurdischen Widerstands, geführt von der nationalistischen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK).



Der Spiegel

Türkischer Krieg gegen die Kurden, bezahlt von Bonn und Washington

Perspektive eines unter strikter Polizeikontrolle stehenden Bantustans“ oder eines riesigen Konzentrationslagers, wie es die Palästinenser unter israelischer Vorherrschaft im Gaza-Streifen haben.

Von der NATO „Operation Provide Comfort“ [Operation Schaffung von Wohlbefinden] genannt, hat diese Operation einzig und allein für das „Wohlbefinden“ der *Unterdrücker* der Kurden gesorgt. Dies ist der zweite türkische Einmarsch seit dem Golfkrieg; 1992 erreichte Ankara ein Abkommen mit den örtlichen kurdischen Führern Massoud Barsani von der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) und Celal Talabani von der Kurdischen Patriotischen Union (PUK), daß sie in der „Schutzzone“ für Ruhe sorgen würden und PKK-Unterstützer fernhalten würden. Barsani und Talabani repräsentieren konkurrierende Klans der traditionellen Elite von Großgrundbesitzern und haben zu verschiedenen Zeiten Washington als Schachfiguren zum Druckausüben auf den Irak und Iran gedient. Doch inzwischen sind die Guerillas, oder Peshmergas, der KDP und PUK damit beschäftigt gewesen, sich bei einer ihrer ewigen Fehden um die Kontrolle über das Gebiet gegenseitig umzubringen, während 15 000 kurdische Flüchtlinge aus der Türkei hierher geflohen sind, um dem Terror der türkischen Armee zu entkommen.

Wie die *Süddeutsche Zeitung* (24. März) in einem Kommentar feststellte: „Die Türken erledigen die Schmutzarbeit“
Fortgesetzt auf Seite 20

Armeemassaker in Kurdistan, Polizeiterror in Istanbul

Als Kampagne gegen die PKK marschierte die türkische Armee in die sogenannte „Schutzzone“ für irakische Kurden nördlich des 36. Breitengrades ein, die von den USA/UNO/NATO nach dem imperialistischen Gemetzel des Kriegs am Persischen Golf eingerichtet worden war. Dies ist ein strategisches Gebiet in der Nähe der Erdölfelder von Kirkuk, wo die Grenzen der vier Staaten aufeinandertreffen, von denen die Kurden aufgeteilt worden sind und unterdrückt werden: Iran, Irak, Syrien und die Türkei. Als Teil der „Neuen Weltordnung“ des damaligen US-Präsidenten Bush wurde dieses Gebiet dem Irak weggenommen und für Saddam Husseins Armee zur Sperrzone erklärt. Wie wir damals warnten („Pax Americana Means Hunger and Death for Kurds“ [Die Pax Americana bedeutet Hunger und Tod für Kurden], *Workers Vanguard* Nr. 525, 26. April 1991): „Im besten Fall erwartet die Kurden die

Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!